

Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Benda, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Blannich & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernruf Nr. 1114. Für Anzeigen 1920 für die Redaktion 1794 für den Verlag u. die Druckerei 1811. Postkontingent Nr. 1794. Postamt Magdeburg, Postfach 1794.

Bezugspreis: Vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk. Bei den Buchhandlungen Vierteljährlich 4,00 Mk., monatlich 1,30 Mk. ohne Postgebühren. Einzelhefte 25 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Anzeigenzeile 1,00 Mk. im Kalkulationsheft 1,50 Mk. Belegblätter 50 Pf. — Anzeigen-Nachricht, verloren, wenn nicht binnen 2 Wochen Zahlung erfolgt. Postkontingent Nr. 1794 Berlin.

Nr. 106.

Magdeburg, Freitag den 7. Mai 1920.

31. Jahrgang.

Beginn des Wahlkampfes.

Sozialdemokratische Reichskonferenz.

Anstatt eines Parteitag, dessen Vorbereitung und Durchführung in diesen kostbaren Wochen zuviel Zeit verschlungen haben würde, hält die Sozialdemokratische Partei Deutschlands am 5. und 6. Mai eine Reichskonferenz ab. Sie tagt im Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes und ist von 225 Teilnehmern besucht. Alle Gaus und Bezirke Deutschlands sind vertreten.

Die Zusammenkunft hat den Zweck, die Taktik für die bevorstehende Reichstagswahl festzulegen. Die große Darlegung wurde eröffnet mit einer Rede Scheidemanns, die zum Schluß in der Herausstellung der Richtlinien stürmischen Beifall fand. Scheidemann bemängelt nichts; er gibt Irrtümer und Fehler der in Ministerstellen delegierten Genossen zu, aber er legt dar, daß die Arbeit dieser Parteimitglieder bei dem allgemeinen Zusammenbruch über Menschenkräfte ging und daß man daher aufpassen muß, wenn sie dieses verhindern haben, was sonst noch schlechter ausgefallen wäre. Scheidemann erwähnt auch, nicht die großen Errungenschaften zu vergessen, die tatsächlich für die Hand- wie die Kopf-arbeiter erreicht und festgelegt worden sind. Darüber wird allzu leicht hinweggesehen unter dem Druck der Not, die uns bedrängt und die auch eine rein sozialistische Regierung nicht von heute auf morgen beseitigen kann. Es ist mit aller Kraft, mit aller Anstrengung, unter dem Einsatz der ganzen Persönlichkeit gearbeitet worden.

Scheidemanns Rede klingt aus in dem unerwarteten Bekenntnis zur Demokratie, ohne die es keinen Sozialismus geben wird, und zur Einheit der Arbeiterbewegung. Keine Selbstzerfleischung, sondern Kampf gegen rechts, gegen die Feinde der Republik und der Demokratie.

Seine sachliche Kritik der Tätigkeit Noskes ruft diesen selbst auf den Plan. Noske operiert dabei höchst unglücklich. Er hat keine Fehler gemacht; Fehler sind nur von den Genossen begangen worden, die ihn kritisiert haben. Anstatt Verständnis für seine schwierige Stellung zu werden, erschöpft er sich in Anklagen gegen die Parteimitglieder. Die Delegierten lehnen einmütig seine Auffassung ab. Noske, der persönlich keinen Gegner in der Partei besitzt, hat sich selbst mit dieser Rede den schlechtesten Dienst geleistet. Er hat gesprochen, wie wenn es keinen 13. März gegeben hätte. Dieser Tag aber wird nicht vergessen.

Noskes Rede löste daher eine besondere Debatte aus, in der dem Kritisierten kein Verteidiger entstand. Danach ging die allgemeine Debatte über die Wahl und ihre Vorbereitung weiter. Sie wird Donnerstag abend geschlossen werden.

Der Bericht.

Wir lassen nunmehr den Bericht des ersten Tages folgen: Im Sitzungssaal des Reichstags in Berlin trat am Mittwoch die sozialdemokratische Reichskonferenz zusammen, um zur politischen Lage und zu den bevorstehenden Wahlen Stellung zu nehmen. An der Konferenz nahmen teil der Parteivorstand, die Mitglieder des Parteiausschusses, die Abgeordneten der Nationalversammlung, Vertreter der Bezirksorganisationen und Vertreter der Parteipresse.

In der Verhandlung des verunglückten Parteivorstandes Wels eröffnete Bartels im Auftrag des Parteivorstandes die Konferenz mit dem Wunsch auf baldige Gewöhnung des Genossen Wels. (Beifall.) Sodann fuhr Bartels fort: In allen Parteien zeigen sich Spaltungstendenzen, der Doppelputsch hat diese Tendenzen in verstärktem Maß ausgelöst. Neue Parteigruppierungen bahnen sich an und die Scheidelinie ist das mehr oder weniger kräftige Bekenntnis zur Republik. Der politische Massenstreik vom März als Abwehrmittel gegen den Staatsstreich hat eine Klärung geschaffen. An diesem Massenstreik waren auch bürgerliche Parteien beteiligt, die sonst den Streik als politisches Kampfmittel ablehnen. Gegen den rückwärtsigen Stoß von rechts wurden Kampfmittel aus dem Waffenarsenal der Sozialdemokratie erfolgreich verwendet. Dem Stöße von rechts folgte ein Rück nach links, und dieser Rück nach links hat bei einem Teile des Bürgertums blässen Schrecken ausgelöst. Ich verweise nur auf die Flucht der Mugdan und Wiemer in das Lager der Deutschen Volkspartei. Im Zentrum magt sich unter Führung des wehrfähigen Wels die Gruppe wieder hervor, die mit einer Loslösung des Rheinlandes infiziert, und ebenso haben in Bayern unter Führung Geims die separatistischen Bestrebungen verstärkt eingeleitet. Auch in unserer Partei ist der Rück nach links stark zu verspüren. (Sehr richtig!) Das Mißtrauen der Arbeiter ist gewaltig gestiegen und das Verhalten der bürgerlichen Koalitionsparteien in den letzten Tagen war auch nicht gerade geeignet, das Mißtrauen zu verringern. (Sehr richtig!) Auf dem Gebiet der Sozialisierung ist nichts geschehen und die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist noch nicht erfolgt. Sehr verstimmt hat auch die Ablehnung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag. (Sehr richtig!) Der Verlauf der Konferenz hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse die Macht hat, sich diesem Festtag zu erzwingen. (Beifall.)

Unsere Stellung zur Koalition wird im Wahlkampf eine große Rolle spielen. Wir sehen in der Koalitionspolitik nicht

unser Ideal. Bringen uns die Wahlen eine andere Konstellation, bringen sie uns eine sozialistische Mehrheit, wir würden mit Freude und Erleichterung von der Koalition Abschied nehmen. (Auskunft.) Meist aber das heutige Stärkeverhältnis der Parteien bestehen, so werden wir auch weiterhin eine Koalitionspolitik treiben. Unser Streben geht für diesen Fall nur dahin, diese Politik nach links zu verschieben, eine Ausdehnung nach rechts käme für uns nicht in Frage. (Zustimmung.) Reht stehen wir vor der Wahlschlacht. Es besteht für uns keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Parole des Wahlkampfes sein muß:

Der Feind steht rechts!

(Zuruf: Na, na!) Soweit ein Kampf nach links notwendig ist, hängt das nicht von uns allein ab. Wir wünschen die Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Parteien während des Wahlkampfes nach Möglichkeit zurückzustellen. Zwingt uns aber die andere Seite, von dieser Absicht Abstand zu nehmen, so werden wir dem Kampfe nicht aus dem Wege gehen. (Sehr richtig!) Man kündigt unserer Partei einen Rückgang an und angeblich herrscht bei uns eine gebrochene Stimmung. Diese Prophezeien sind sehr schlecht unterrichtet. (Sehr richtig!) Kampfesfreude und Zuversicht sind bei uns ausgezeichnet. Der Stand unserer Parteiorganisationen ist gut, die Werbekraft unserer Partei ist ausgezeichnet, die Leserzahl unserer Presse wächst von Tag zu Tag. Daher gehen wir mit Selbstvertrauen und Siegeswillen in den Wahlkampf in der Hoffnung, daß der Wahlausgang uns helfen wird, die Wirren und Verwirrungen unserer Lage zu überwinden, und daß die Wahl uns einen kräftigen Schritt vorwärts bringt zu unserm Ziele: dem völligen Überwinden des Sozialismus. (Beifall.)

Die Konferenz ist von über 200 Delegierten besucht. Zu Vorsitzendem werden gewählt Bartels und Wels. (Beifall.)

Die Kommunisten Reichstagswahlen.

Genosse Scheidemann führte dazu aus: Auf dem letzten Parteitag vor 2 1/2 Jahren in Würzburg, ein Jahr vor dem Ende, haben wir uns noch gegenüber den großen und kleinen Herren von Gottes Gnaden, die noch fest auf ihren Thronen saßen. Wir haben schon damals klarer als alle anderen voraus, was kommen mußte. Unter allgemeiner Zustimmung führte ich in Würzburg aus, daß das Ende des Krieges uns die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate geben würde. Aber ich fügte auch schon damals hinzu, daß wir in dem Augenblick des Kriegeschlusses, der zugleich der Augenblick unserer Machtergreifung sein würde, einen Krümmersaufen vorfinden und eine Wüste betreten würden, und daß wir uns auf den Wänden der Macht zurücksehen würden nach der Zeit, da wir noch rechtslos und verfolgt waren. Und unter einhelliger Zustimmung fuhr ich damals fort: Auch unter den besten Systemen werden die Wunden des Krieges nur langsam heilen, kann die Erholung des verbluteten, erschöpften Volkstörpers nur ganz allmählich vor sich gehen. Da könnte es wohl dem Sozialismus auch ergehen wie dem gewissenhaften Arzt, der den ungeduldigen Patient untreu wird, um sich dem ersten besten Kuppel zu anzuvertrauen. (Sehr wahr!) Können wir also nach dem Kriege zur Macht, so werden wir auch mit der Gefahr schwerer Rückschläge rechnen müssen. Aber das werden wir aus gutem Gewissen und voller Ueberzeugung sagen dürfen, daß Aufbau und Erholung nach dem Kriege nicht anders denkbar sind, als durch die wohlüberlegte planvolle Anwendung sozialistischer Grundgesetze, die methodische Durchbringung der gesamten Wirtschaftsordnung mit den Ideen des Proletariats, der gesamten sozialistischen Prinzipien. Auf unsere Schultern ist die ungeheure Aufgabe gelegt worden, nicht nur Theoretiker und Agitatoren, die wir bisher in der Hauptsache waren, sondern Praktiker des Sozialismus zu sein. Da werden wir nicht vergessen dürfen, daß auch der Sozialismus keine Welt für sich, sondern nur ein Mittel zum Zweck ist. Wir werden uns vor dem Fehler hüten müssen, Prinzipienreiterei zu treiben, und wir werden uns jede Maßregel nicht etwa nur darauf ansehen müssen, ob sie sozialistisch ist, sondern auch darauf, ob sie praktisch ist. (Sehr gut!) Durch verkehrte Anwendung unserer Prinzipien oder durch ihre Anwendung an falscher Stelle würden wir diese Prinzipien nur schädigen. Die Frage der Sozialisierung muß von Fall zu Fall entschieden werden aus dem Gesichtspunkte der rein wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit heraus.

So dachte die ganze Partei schon vor 2 1/2 Jahren, und so traten wir nicht ganz ohne geistige Vorbereitungen an die ungeheuren Aufgaben des Herbstes 1918 heran. Die Dinge haben sich freilich noch viel schlimmer gestaltet, als wir vorausgesehen haben. (Sehr wahr!) Der Krieg dauerte noch ein volles Jahr und endete mit einer Niederlage. Der Niederlage folgte die Revolution, die ein Ausbruch des instinktiven Volkswillens war, sich nach dem Kriegsende neue Möglichkeiten des Lebens und des Wiederaufstiegs zu schaffen. Die Weltgeschichte wird einst anerkennen, daß die Revolution ganz einfach die

Lebensretterin Deutschlands

retterin ist. (Beifallige Zustimmung.) Die Schuld an allem, was das Volk gelitten hat und noch leidet, trifft die, die es so weit in die Wirren hineingeheißt hatten! (Allgemeine Zustimmung.) Wir erlebten noch eine Enttäuschung. Unser Einheitsprogramm schien am 9. November in Erfüllung zu gehen. Aber bald ist er gescheitert an dem Widerstande der Linken in der Unabhängigen Partei, die in Gemeinschaft mit den Kommunisten an dem gewalttätigen Sturze der Regierung arbeitete, in der ihre eigene Partei — trotz ihrer damaligen zahlenmäßigen Schwäche — mit uns mit gleichen Rechten saß. Diese linksunabhängigen und Kommunisten verstanden ihre Zeit nicht. (Sehr wahr!) In der rein sozialistischen Regierung des 9. November haben diese Verzagten nur eine „Keramik-Periode“, und statt ihr eine demokratische, feste Grundlage zu geben, gingen sie gegen die Arbeiterregierung mit gewalttätigem Fanatismus vor. (Sehr wahr!) So eravamoen sie die Koalitionspolitik. Die weitere

Koalitionspolitik. (Sehr wahr!) Die linksunabhängigen und Kommunisten haben in ihrer Torheit den reaktionären Offizieren einen Teil der völlig verlorenen Macht zurückgegeben. Ohne Januarputsch von 1919 kein Märzputsch von 1920!

Ohne Debour kein Lüttich!

(Lebhafter Beifall.) Unser Fehler begann erst später. Sobald die Ruhe im Lande wieder einigermaßen hergestellt war, hätten wir die Reichswahr und die politische Verwaltung gründlich säubern müssen. Statt dessen haben wir uns durch Wiederannamantieren einfließen lassen, und Verzag, der uns in den Rücken fiel, war unser Lohn. (Sehr wahr!)

Die Januarwahlen von 1919, deren ruhigen Verlauf wir gegen die Kommunisten durchsetzten, brachten unserer Partei einen gewaltigen Erfolg, aber doch nicht den ganzen Sieg. Die Sozialdemokratie blieb in der Nationalversammlung eine Minderheit, auch wenn sie mit den unabhängigen zusammenging. Solche glücklichen Momente bereineter Kraft haben wir indessen selten erlebt. Die Sozialdemokratie konnte sich nicht von der Regierungsbildung fernhalten; sie hätte damit die Macht der Rechten, den erbittertesten Feinden der jungen Freiheit, ausgeliefert. So mußte sie eine zeitweilige Verbindung mit denjenigen bürgerlichen Parteien eingehen, die sich bereit erklärten, ihr beim Aufbau der Republik und bei einer Politik des sozialen Fortschritts behilflich zu sein. (Sehr wahr!) Ich bin kein Lobredner der Koalition — möchte nur die Wähler bei den kommenden Wahlen durch ihre Entscheidung jede Koalition überflüssig machen! Die Koalition war ein falsches Ausfallsmittel, eine Disillusionierung, aber ohne sie hätte die Republik ihre ersten, ihre gefährlichsten Monate nicht überlebt. Freilich, auch die sozialistische Regierung ist kein unfehlbarer Papst, und sie ist kein Mann, der einen Fehler nicht begeht.

Nur durch eigene Kraft, durch eigene geistige Arbeit, durch Ueberwindung zahlloser Schwierigkeiten und eigener Irrtümer kann die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele gelangen. (Sehr wahr!)

Auch die rein sozialistische Regierung kann nicht mit einem Schläge die rein sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen. Sie kann einen wichtigen Teil der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überführen, sie kann die Kapitalmacht unter die Kontrolle der Staatsmacht stellen, sie kann allmählich Plan und Ordnung in die Wirtschaftsanarchie bringen und auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik die Interessen der breiten Massen wahrnehmen. Aber sie kann nicht notwendige Entwicklungsstufen überspringen. Und sie hat keinen Rauberstab, um diesen Gläubigern, den uns der Krieg hinterlassen hat, in einen Glücksgarten zu verwandeln. Die wackelbrende Prophezeiung, alles mit einem Schläge besser zu können, überlassen wir den Papys und Lüttichs und ihren Gegenspielern von der andern Seite. (Sehr gut!) Es gibt ja leider auf beiden Seiten immer noch genug Dumme; politische Analphabeten, die jedem Apffel, auch dem sinnlosesten, seine Kirche fühlen helfen; mit Marktschreibern und Demagoguen treten wir in keinen Wettbewerb ein. (Lebhafter Zustimmung.) Nein, wir Sozialdemokraten haben wir stets unsere Aufgabe darin erblickt.

Erkenntnis in die Röhre einzuhämmern.

mag sie uns auch diese oder jene Stimme kosten. Was durch demagogische Wahltricks gewonnen wird, ist ja doch nur Schwimmbalzer, nur eignes Nachdenken und eigene Einsicht hält wirklich die Ueberzeugung fest. (Sehr wahr!) Wir prahlen auch nicht mit unsern Leistungen — was wir leisten konnten, bleibt weit hinter unsern eigenen Hoffnungen zurück. Ich möchte aber die Regierung sehen, die ein vom Kriege völlig ruiniertes Land übernimmt mit einer Bevölkerung, von der ein guter Teil aus Jammer und Not selber den Verstand verloren hat, und die dann ihre Sache so macht, daß alle mit ihr zufrieden sind. Mit dieser Einschränkung aber können wir sagen, daß wir Beträchtliches erreicht haben.

Ohne Sozialdemokratie kein gleiches Männer- und Frauenrecht;

Ohne Sozialdemokratie keinen Achtstundentag;

Ohne Sozialdemokratie kein Betriebsratengesetz als Anfang des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter im Produktionsprozeß;

Ohne Sozialdemokratie kein Anfang sozial gerechter Steuern.

Es ist nicht wahr, daß die Nationalversammlung „gar nichts geleistet“ hat. Kritikloses Geruntertreiben ist ebenso verwerflich wie kritikloses Verherrlichen. Kein Minister hat es schwerer als ein sozialdemokratischer Minister, das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen (Geltendheit), denn wir haben zum Glück kein Talent zu einer Regierungspartei im alten Sinne des Wortes. Die Sozialdemokratie kann und darf keine Partei der Zufriedenen, der Leichtgläubigen, der Leichtgläubigen sein, denn hinter ihr stehen die Massen der geistig und körperlich schaffenden Proletarier, steht eine Klasse der Unzufriedenen, der Wärtersdrängenden. Deshalb geht es ohne scharfe Kritik und ohne Pöbel nicht ab, und gerade diese Kritik schützt uns vor Verzerrung und Erstarrung. (Sehr wahr!)

Die Kritik an unsern Grundgesetzen hat freilich vollkommene Schiffbruch gelitten. Das gleiche Recht aller Volksgenossen, für das wir jahrzehntlang gekämpft haben, ist unser bester Siegespreis aus der Revolution, die sicherste Bürgschaft für den endgültigen Sieg des arbeitenden Volkes. Gewalt darf nach Erkämpfung des gleichen Rechts nur noch angewendet werden, um gewalttätige Angriffe auf die Demokratie abzuwehren. Wo aber alle Volksgenossen gleichberechtigt ihre Stimme in die Waagschale werfen können, da hat die Mehrheit zu entscheiden und die Minderheit sich zu fügen, bis sie selber Mehrheit geworden ist. Daran halten wir fest, danach haben wir auch

Welt und werden wir weiter handeln. (Sehr wahr!) Und wir haben die Genugtuung, daß immer weitere Kreise sich aus ihrer früheren Verwirrung auf die guten Grundsätze der Sozialdemokratie zu rüch befinden. Die Zahl derer, die meinen, man könne durch Ruch und Diktatur in ein paar Tagen erlangen, was nur durch ethischen Kampf um die Weisheit in der Demokratie sicher gewonnen werden kann, ist im Abnehmen. Das politische Maßesystem ist nur ein Tauschen von Spielregeln, nicht ein ethischer Kampf, die Macht über die Mehrheit zu verschaffen. Unsere Stellung zu einem solchen Maßesystem kann nur grundsätzlich ablehnend sein. (Sehr wahr!) Anders sieht es jedoch mit den Mäßen als ein Mittel zur Umformung des Produktionsprozesses. Wir wollen Kopf- und Handarbeiter zu einer organisierten Einheit verbinden und alle produktiven Kräfte als denkende Menschen für das Ergebnis der Produktion interessieren, die letzten Endes dem Gemeinwohl dienen soll. Dazu dient das wirtschaftliche Maßesystem, das immer wichtiger werden muß in dem Maße, in dem die Arbeiterschaft sich mit ihren neuen Aufgaben vertraut macht und die notwendige ungeheure geistige Arbeit leistet. Sie darf dabei nicht vergessen, daß für den Sozialisten der Betrieb oder der Beruf nur ein Teil eines großen Ganzen ist, den man nicht auf Kosten des Ganzen fördern darf. Entfesselte das Maßesystem einen Kampf aller gegen alle, dann wäre es ebenso schädlich wie die kapitalistische Anarchie. Alle Kräfte zusammenfassen und zum Bewußtsein ihrer Einheit bringen, kann nur die Demokratie.

Demokratie und Sozialismus gehören zusammen

wie Form und Inhalt, wie Körper und Geist. (Sehr wahr!) Wir sind Sozialdemokraten, weil es für uns keine Demokratie gibt ohne Sozialismus und auch keinen Sozialismus ohne Demokratie. (Sehr wahr!)

Soweit sind wir alle einig. Nun aber zur Taktik. Ich würde mir bei einem Teile der Genossen einen großen rednerischen Erfolg sichern, wenn ich jetzt den Schwur ablegte: Wenn wir auch diesmal wieder in der Minderheit bleiben, gehen wir in die Opposition und bleiben in ihr so lange, bis wir Mehrheit geworden sind. Solche Schwüre wirken ja äußerlich dramatisch, aber als ethischer Politiker soll man sie nicht ablegen, wenn man nicht ganz bestimmt weiß, daß man sie auch halten kann. (Sehr gut!) Uns zog wahrhaftig keine unwiderstehliche Liebe zu den bürgerlichen Parteien, sondern nur die Not führte uns mit ihnen zusammen. Wir konnten die Koalition gar nicht ablehnen, ohne die schlimmste Gewissenslosigkeit an der Arbeiterklasse und am ganzen Volke zu begehen. (Sehr wahr!) Wir können auch jetzt unsere Taktik nicht ein für allemal festlegen ohne Rücksicht auf alles das, was kommen kann. (Sehr richtig!) Die Kommunisten zeigen uns ja, wieviel härter die Verhältnisse sind als die stärksten Wägen. Im Januar 1919 wollten sie die Wähler mit Gewalt verhindern und sich höchstens mit Maschinengewehren und Handgranaten daran beteiligen. Im Juni 1920 werden sie Stimmzettel abgeben; sie haben ihr Gelübde gebrochen und müssen es sich heute gefallen lassen, von einem Teil ihrer früheren Anhänger als Judas und Verräter an der Revolution beschimpft zu werden. (Sehr wahr!) Oder die Unabhängigen! Sie haben vor dem 9. November gar uns kein gutes Haar gelassen, und am 10. November sahen sie mit uns in der Regierung. Die Folge war, daß der rechte Flügel vom linken mit brutalster Gewalt berannt wurde und nach einigen Wochen wieder ausschalten mußte. Dann ein Jahr lang der mühsame Streit, bis ein neuer Stoß der Entwidlung die beiden Parteien ganz einfach zusammenwarf. Ob die Unabhängigen höher oder nicht, sie mußten mit uns gemeinsam die verlästerte Republik gegen die Rapp-Lüttich verteufelten. Keine 5 Wemig sollte vorher diese Republik wert sein, und nach dem 18. März setzten die Unabhängigen neben uns für sie das Leben ein. (Sehr wahr!) Und jetzt auf einmal taucht bei ihnen ganz plötzlich der Gedanke auf, nicht nur mit uns, den geschmähten Sozialisten, eine gemeinsame sozialistische Regierung zu bilden, sondern — hören Sie und haunen Sie — in eine Arbeiterregierung mit Arbeiterberatern aus den bürgerlichen Parteien einzutreten. (Hört, hört!) Ist das nun keine Koalition? Will man nicht auf diese Weise auch eine parlamentarische Mehrheit bilden? Es wäre wirklich keine Partei mit ganz reiner Kampfbühne mehr zu finden, wenn es nicht glücklicherweise noch eine K. A. P. D. gäbe. Diese Herrschaften sind ja das Komplexion von wascheitem, von veredeltem Materialismus. (Große Heiterkeit.) Aber gerade diese K. A. P. D. steht in den ärztlichsten Beziehungen zu Rapp-Lüttich und Genossen. Das riecht schon nicht mehr nach Koalition, das stinkt schon. (Sehr wahr!) Es gibt nur ein Mittel, die Notwendigkeit von Koalitionen völlig auszuscheiden, nämlich so stark zu werden, daß man sie nicht mehr braucht. (Sehr gut!) Deshalb erwarte ich von denen, denen die Koalition am schwersten in dem Wagen liegt — ein reines Vergnügen war sie für keinen von uns —, daß sie auch das meiste tun werden, um uns durch einen vollen Wahlsieg von dieser Notwendigkeit zu befreien. (Sehr wahr!)

Ein besonders schwieriges Kapitel der Koalitionspolitik ist die Rostke-Politik. Ich halte es für eine Ehrenpflicht, hier zu erklären, daß ich Rostke auch heute als Parteigenossen schätze und seiner Persönlichkeit und seinen ethischen Absichten alle Achtung zolle. (Drabol!) Die ganz links, außerhalb unserer Partei, die Rostke am heftigsten schmähden, haben am wenigsten Recht dazu, denn sie haben ihn zu dem gemacht, was er geworden ist, sie haben ihn zu seinen Fehlern geradezu gezwungen. Es ist nicht Rostkes Schuld, es ist nicht unsere Schuld, wenn es zwischen verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung zu blutigen Auseinandersetzungen kam, bei denen dann jeder Teil die Hülfe nahm, die sich ihm bot. Daß Rostke sich durch das Geschrei, die Drohungen, die gewaltigen Angriffe von links blind machen ließ für die Gefahr von rechts, das war sein Fehler und sein Verhängnis.

(Sehr wahr!) Die moralische Entrüstung muß sich aber gegen diejenigen wenden, die ihn verraten und im Stiche gelassen haben. Gegen die Offiziere, die in der Nacht vom 12. zum 13. März ihren Eid brachen, und jene andern, die Rostke gegen die Eidbrecher und Meuterer die Hilfe verweigerten. Das ist das schwärzeste Blatt der deutschen Geschichte, und als einziger Trost bleibt, daß es nur eine kleine Minderheit war, die durch die Tat bis auf den Boden moralischen Tiefstandes hinabstieg. Es ist eine Infamie, jene Nacht des Verrats mit dem 9. November in irgendeinem Vergleich zu stellen. (Sehr wahr!) Am 9. November entledigte sich ein in die letzte Verzweiflung hineingebetztes Volk der ihm aufgezwungenen Ketten, gab einen Widerstand auf, der von den Spitzen der Obersten Heeresleitung schon Wochen zuvor als aussichtslos erkannt worden war. (Sehr wahr!) Wie kann man diese gewaltige Volkserhebung in irgendeinem Vergleich stellen mit jener schmutzigen Ganssurfrage der Rapp und Genossen! Die Offiziere, die jetzt ihren Eid brachen, hatten ihn kurz zuvor ohne Zwang aus freiem Willen abgelegt, zum Teil schon damals in der Absicht, ihn bei der ersten günstigen Gelegenheit zu brechen. Für sie kennzeichnend bleibt der Ausspruch des Obersten von Lebedeur in Hamburg: „Ich bin bereit, zwischen 8 und 9 Uhr jeden Eid zu brechen, den ich zwischen 7 und 8 Uhr geschworen habe!“ (Bewegung.) Und trotzdem läuft der Kerl frei herum! Menschen, die so dachten und handelten, bleiben für alle Zeit gerichtet. (Sehr wahr!) Für alle Zeit gerichtet bleiben die Politiker, die aus ihrem schmutzigen Verrat Vorteil zu sichern gedachten. Sie wissen, es waren Herren von der deutschen Nation und dem deutschen Volkspartei. (Sehr wahr!)

Trotz alledem bleiben in unserer Erinnerung die Tage vom 13. bis 18. März

Sage der Erhebung

denn die Schwärze der wenigen ist weithinreichend worden durch den

Mut der vielen. Es gibt kein Wort, schön genug, um die Schöpferkraft, die Eingabe, die Überfruchtbarkeit zu feiern, mit der sich die namenlosen Massen dem Verbrechen entgegenstemmen. Voran aber stand unsere Partei, und geklärt ist sie aus den Flammen jenes Kampfes hervorgegangen. Nichts hat sich geändert an unsern Grundsätzen und unsern Zielen. Aber wo etwas schlapp geworden war, da hat es sich wieder gestrafft, wo die Kampfeslust in inneren Meinungen der Arbeiterbewegung gekümmert war, da hat sie sich wieder gestärkt. Wer es verlernt hatte, der hat es wieder gelernt, begelert zu sein. Wer den klaren Sinn dafür verloren hatte, wofür er eigentlich kämpfte, der hat ihn wiedergewonnen, und er kämpft mit uns mit verdoppeltem Eifer. Das alles verdanken wir dem Vorbild der namenlosen Masse! (Sehr wahr!)

So gehen wir jetzt in den neuen Kampf. Wir wissen, daß er schwer sein wird. Unsere Gegner von rechts erkennen den Mangel an Argumenten durch einen ungeheuren Aufwand von Material — sie haben es ja dazu! In den Massen herrscht eine nur zu begreifliche Unzufriedenheit, und es ist für den gewissen Demagogen kein Kunststück, für das was schlecht ist, diejenigen verantwortlich zu machen, die sich an verantwortlicher Stelle nach besten Kräften darum bemühen, daß es nicht noch schlechter wird. Zu alledem kommt das Wirken des französischen Militarismus, der durch die vertrags- und völkerverwundende Begehung des Mainauges und seine sonstigen Taten geradezu als unbegabter Agitator aller reaktionären Eindrückungen in Deutschland wirkt. Ein Volk kann eben erst dann wirklich frei sein, wenn alle Völker sich von ihren Feinden befreien und gemeinsam die Mächte der Vergangenheit, Kapitalismus und Imperialismus niederwerfen. Darum können wir Sozialdemokraten auch nie das Ziel aus den Augen verlieren, für das wir im Wahlkampf unsere beste Kraft einbringen: die Einigung aller schaffenden Kräfte des Volkes und der ganzen Welt zu einer großen kämpfenden und aufbauenden Gemeinschaft. (Sehr wahr!)

Wenn Sie, Genossinnen und Genossen, ins Land hinausgehen, dann rufen Sie es allen werktätigen Volksgenossen, Arbeitern, Angestellten und Beamten, zu, daß sie die Träger dieses großen Einheitsgedankens sind. Fort mit allem Haber und aller Selbstzerfleischung! Ein Ziel, ein Weg, ein Wille, und so — vorwärts! Auf in den Kampf! Es lebe die Einigkeit der Arbeit! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! (Stürmischer, lang erhaltender Beifall.)

Vorüber der Partei: Unser langjähriger Kampfgenosse Emanuel Wurm ist gestern gestorben. (Die Versammlung erhebt sich.) Wenn er auch in den letzten Jahren getrennt von uns marschiert ist, so hat er doch niemals gehässig gegen uns gekämpft. Die Gesinnung war ihm Lieberzeugungssache, wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Die Aussprache

Noske: Unter denkbar schwierigsten Verhältnissen hat unsere Partei Bedeutendes geleistet. Leider wird immer nur negative Kritik in den Vordergrund gerückt. Ueber die Art, wie Kritik geübt wird, nur ein Beispiel von heute. Auf die zahllosen Eiferer hat sich die Regierung nun doch entschlossen, eine Anzahl Truppen neben der Sicherheitspolizei nach den noch unbefestigten Teilen des Industriegebiets zu schicken. Diese Maßnahme ist auch von den sechs sozialdemokratischen Ministern mitbeschlossen worden und wird von ihnen mitverantwortet. Wie wird diese Maßnahme von unsern Genossen beantwortet? Die Bezirksleitungen der Unabhängigen und der Sozialdemokratie des Niederrheins haben beschlossen, im Augenblick vom Generalfreiw. Abstand zu nehmen, um der Reaktion nicht den Gefallen zu tun, sich jetzt auf einen Kampf einzulassen. (Hört, hört!) Also, eine Maßnahme der Regierung, die zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, wird von einer offiziellen Stelle der Partei als eine Maßnahme der Reaktion betrachtet. Das ist doch ein unmöglicher Zustand! (Sehr richtig!) Parteilich sprach von der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Daß sie im Augenblick nicht aufgehoben worden ist, liegt an der Beschlunsfähigkeit der Nationalversammlung. (Sehr richtig!) Auch unsere Abgeordneten waren nicht zur Stelle. (Hört, hört!) Daneben haben große sachliche Schwierigkeiten einer voreiligen Aufhebung widerstanden. Die bürgerlichen Gerichte waren gar nicht in der Lage, neben ihrer sonstigen umfangreichen Arbeit nun auch noch die 80 000 bei den Militärgerichten schwebenden Fälle zu erledigen. Kein Mensch hat bei uns daran gedacht, für innerpolitische Zwecke eine Wehrmacht aufzustellen! Wohl aber hat Debebour noch vor wenigen Monaten in geselliger Weise auseinanderzusetzen, wie groß sein Verdienst war, als im Januar 1919 in Berlin der Versuch gemacht wurde, die damalige Regierung mit Waffengewalt zu stürzen. Nur diese Taktik der Berliner Unabhängigen, die Gewaltpolitik der Bremer, der Dertier und Merges in Braunschweig, der Vinszabikalen in Halle und in München haben dazu geführt, daß wir Truppen aufstellen und zur Waffenanwendung greifen mußten. (Sehr richtig!) Die Verhältnisse auf der linken also haben bei uns den Bürgerkrieg entfesselt mit all seinen Schrecken und Gräulichkeiten. Ich war mir auch von Anfang an darüber klar, daß von reaktionärer Seite der Versuch gemacht werden würde, die Dinge zu ändern, und ich glaube nicht, daß alle diese Versuche schon überwunden sind. Ich behaupte nur, daß die Leute auf der Rechten niemals so üppig geworden wären, wenn die Arbeiterklasse ihr nicht das

entscheidende Schauspiel der Selbstzerfleischung geboten hätte. (Sehr richtig!) In dem Maß, in dem die Arbeiterklasse auch weiterhin so tüchtig ist, sich gegenständig die Köpfe einzuschlagen und die Wirtschaft zu sabotieren, werden die Pulschästen von rechts auch weiterhin auf Erfolg hoffen.

Die Vorwürfe, die wie ein Hagelwetter auf mich niederschlagen, sind nicht berechtigt. (Zurufe: Doch!) Die Reichswehr ist gefährdet von berrigert worden, soweit es ging. Ich habe mich der Gefahr von rechts auch niemals verschlossen. (Widerpruch.) So sehr viel dümmere wie meine Kritiker bin ich wirklich nicht. (Sehr wahr!) Ich bekreite, daß Kennenwertes veräußert worden ist. Unsere Macht ist viel geringer, als unsere Leute sich einbilden. Sie ist auch heute noch viel geringer, als manche denken. Die Marinebrigade Ehrhardt läßt sich nicht auflösen, man kann reden und schreiben, soviel man will. Das ist natürlich ein schrecklicher Zustand. (Sehr richtig!) Das ist eine Blamage, aber wir müssen zusehen, daß diese 4000 Mann sich nicht reiflos auflösen lassen. Es ist auch eine Blamage, daß ein Mann wie Ehrhardt, der längst hätte an die Wand gestellt werden müssen. (Sehr richtig!), nach Wilhelm haben reisen und dort seine Familie besuchen kann, obwohl ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt. (Hört, hört!) Unsere Macht ist eben nicht stark genug, Aus der Reichswehr ist ausgeräumt worden, was ausgeräumt werden konnte. (Zuruf: Die Sozialdemokraten wurden ausgeräumt!) Neben Sie doch solches Zeug. Bis zur Revolution gab es in Deutschland weder sozialdemokratische noch demokratische Offiziere in größerer Zahl. Die Leute waren sämtlich auf eine bestimmte Schablone eindreßiert, sie waren die Hohenollerngarde. Das Kunststück, ein republikanisches Offizierskorps zu bilden, mußte „heißer“ aus Mangel an dem erforderlichen Menschenmaterial. Wo sollte ich denn das andre Menschenmaterial hernehmen? Zeit dazu hat man mir niemals gelassen, denn ein unabhängiger Kadaver sollte jeden kommunistischen Spektakel ab. Jetzt begeistert man sich ja wieder für eine republikanische und revolutionäre Arbeitertruppe. Wo wir sie hatten, taugte sie nichts, sie debattierte und war niemals zu haben, wenn Gefahr im Verzug war. Das beste Beispiel bietet Hamburg. Dort hatten wir einen energischen Mann mit großer Tatkraft und persönlichem Mut, den sozialdemokratischen Referentoffizier Sampl, zum Kommandeur gemacht und ihn mit allen Vollmachten ausgestattet. Was ist das Ergebnis, nachdem monatelang Sampl an verantwortlicher Stelle gestanden hat? Ein vollständiger Abbruch der Truppe, die reitet und dekuriert und die Waffe nicht in die Hand nimmt,

wenn man sie braucht. (Hört, hört!) Wären unsere Leute auf dem Posten gewesen, wir hätten uns der reaktionären Offiziere nicht in so großem Umfang zu bedienen brauchen. Sampl macht mir zum Vorwurf, daß ich nicht rechtzeitig verstanden habe, die Truppe mit republikanischem Geiste zu erfüllen. Dabei hat im März 1919 die Kreiskonferenz der Truppe von Tschow-Beestow beschlossen, daß der „Vorwärts“ keine Anzeigen der freiwilligen Truppen mehr aufnehmen dürfe, und die Beschluskommission des „Vorwärts“ hat das bekräftigt. Das war die Zeit, als eine wirklich republikanische Truppe hätte geschaffen werden können.

Unsere Leute wurden direkt weggeschickt. Ich nehme niemand das Recht der Kritik, aber die Kirche muß im Dorfe bleiben, wenn es über mein Weber hergehen soll. Wo unsere Leute sich um die Dinge kümmern, hat es geklappt. In Berlin aber hat man erst nach Monaten die Wichtigkeit der Einwohnerehren erkannt und auch der Parteivorstand hat erst in sehr später Zeit zum Eintritt in die Einwohnerehren aufgefordert. Jetzt ist jede Reform des Heerwesens natürlich viel schwieriger als früher, denn welcher republikanische Arbeiter wird sich, was nach dem Friedensvertrag borgeschieben ist, gleich für 12 Jahre verpflichten, den Schießprügel zu tragen.

Wie sollte ich da aus diesen Schwierigkeiten herauskommen, wenn man so im Stiche gelassen wird von der Parteipresse und einem großen Teile der Parteigenossen. Hinterher zu schimpfen; ist furchtbar leicht. Deshalb würde es sehr gut sein, wenn erst einmal eine große Zahl von Genossen durch die Regierungsmühle durchgedreht werden. (Sehr wahr!) Ich weiß, daß in einer Zeit wie heute ein einzelner Mann keine Rolle spielt, aber ich habe ein Recht, mich dagegen zu wehren, daß leichtfertige Wurschen mit meiner Ehre spielen. (Sehr wahr!)

Wir haben in diesem Augenblick zum Beispiel keine brauchbare Marine, ich halte also recht, zu sagen, daß durch die Nichtmitwirkung der Offiziere die Marine ein Trümmerhaufen geworden ist. (Widerpruch.) Man kann Schiffe nicht mit Deckoffizieren und Unteroffizieren in See schicken, auch Minensucher nicht. Der Wahlkampf muß sachlich geführt werden, auch nach links hin. Aber machen Sie unsern Leuten nicht den Kopf unklar durch die Vorjüngung der Möglichkeit einer Einigung mit den Unabhängigen. Das ist zurzeit vollkommen ausgeschlossen, so besagene es ist. Die Unabhängigen reden heute nur von der Noskepolitik, und sie können es, weil die Mehrzahl unserer Parteipresse nicht mehr den Mut hat, die Politik, die ich einst mit Ihrer Zustimmung geführt habe, weiterhin zu verteidigen. (Sehr richtig!) Und wie treiben die Unabhängigen den Wahlkampf? Debebour spricht davon, daß die Wege zum Sozialismus mannigfaltig sind. In der darauffolgenden Diskussion — ich folge dem Berichte der „Freiheit“ — wird von einem Kommunisten dafür eingetreten, daß die Aktionen des Wanditenführers Holz nachahmend sein sollen, und dagegen sagt Debebour in seinem Schlusswort, daß zwischen der U. S. P. und der K. P. D. eigentlich kein prinzipieller Unterschied besteht. (Sehr wahr!) Wir müssen im Wahlkampf den Mut haben, zu sagen, daß es unmöglich ist, in wenigen Monaten aus einem Trümmerfeld ein Paradies zu schaffen, und daß jeder ein Hanswurst ist oder ein Narr, der dies verspricht. Was wir geschaffen haben während des letzten Jahres kann sich als anständige Arbeit durchaus sehen lassen. Es ist auch nicht wahr, daß wir unsere Grundfläche veräußert haben und aufgehört hätten, Sozialisten zu sein. Wir haben uns bemüht, das durchzuführen, wofür wir jahrzehntlang mit allen Kräften gearbeitet haben. Mit unserer Politik können wir nicht nur bestehen vor den Wahlen, sondern in allen Ehren auch vor der Geschichte. (Beifall.)

Darauf beantragt Genosse Braun (Franken) die Rede Noskes von dem Hauptpunkte der Beratung zu trennen und eigene zur Debatte zu stellen. Der Antrag wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Eggerstedt (Piel): Ich stelle mit Befriedigung fest, daß Noske heute nicht mehr den Beifall gefunden hat wie seinerzeit in Weimar, trotzdem er wieder dieselben Register gezogen hat. Unsere gütigsten Wahlwünsche in Schleswig-Holstein sind darauf zurückzuführen, daß wir die Politik Noskes nie verteidigt haben. Wenn bei der Niedererschlagung des Rapp-Bußich nicht alles gescheitert war, dann frage ich: War denn der Rapp-Bußich gescheitert?

Strowig (Breslau): Noske hat die reaktionären Offiziere mit großem Einfluß ausgestattet, während er z. B. unsere Breslauer Truppe in ein Lager fortjückte. Ganz ähnlich hat Seine verhindert, daß die reaktionären Landräte entlassen wurden. Es ist durchaus verständlich, wenn die Arbeiter nicht in die reaktionäre Einwohnerehre gehen wollten.

Bretthorst (Brieg): Noske hat bei der Aufstellung der Reichswehr riesige Fehler gemacht. Wenn er angeblich kein Material für die Bildung der Reichswehr gehabt hat, warum wurden denn dann die überall bestehenden republikanischen Soldatenwehren aufgelöst. (Hört, hört!) Wenn wir bei den nächsten Wahlen unendlich schwer zu kämpfen haben, dann ist Noske mit daran schuld, der das Hauptagitationsmaterial der Unabhängigen bildet. (Sehr richtig!)

Bübe (Breslau): Ich habe stets sachlich gegen Noskes Arbeit Stellung genommen und halte sie für verhängnisvoll, nicht nur für die Partei, sondern auch für den Bestand der Republik. Noskes Ansichten sind nicht Gemeingut der Sozialdemokratischen Partei als solcher. (Sehr wahr! Zustimmung.) Es ist alles veräußert worden, der Republik ein treues Heer zu schaffen. Die Oberführer der Reichswehr waren zu 70 Prozent oblige Offiziere, die übrigen Offiziere zu 95 Prozent monarchistisch, die Soldaten junge Landleute, die Wachs in der Hand der Offiziere sind. (Sehr richtig!) Ich habe selbst Hunderte von Wehrverwehnen über Entlassungen oder Wehrzuehlungen republikanischer Reichswehrangehöriger eingereicht, aber die Unteruchungsorgane waren ja dann dieselben monarchistischen Offiziere, die die Republikaner aus dem Heere heraushaben wollten. (Sehr wahr!) Zuruf: Auch heute noch! Auch nach dem Rapp-Bußich hat sich nichts daran geändert. Erst jüngst wurden wieder zwei mir bekannte ganz oder teilweise aus Sozialdemokraten bestehende Formationen aufgelöst — die Freibeuter der Reaktion aber bleiben. (Hört, hört!) Wir müssen einsehen, daß wir Fehler gemacht haben und müssen unsern Wählern versprechen, daß endlich eine bis zu Sechstel hinauf zuverlässige Truppe geschaffen wird. (Sehr wahr!)

Ein Antrag auf

Schluss der Noske-Debatte wird angenommen.

Kaul (Offenbach): Genoss droht auch von rechts Gefahr, aber es ist ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir nicht auch die Gefahr von links sehen. Wir werden wohl nach links Stimmen verlieren, weil eine große Zahl Arbeiter immer noch an eine Einigung glaubt, die heute unmöglich ist. Im Radikalismus können wir mit den Unabhängigen nicht konkurrieren. Es ist viel zu viel von der Einigung gesprochen worden, von der die andre Seite gar nichts wissen will. Es muß auch Klarheit nach links geschaffen werden. In den besetzten Gebieten arbeiten die Unabhängigen ganz bemüht für den französischen Militarismus und geben ihm den Vorzug vor dem deutschen Militarismus. Wenn wir von dieser Politik der Unabhängigen nicht entschieden abrüden, werden wir Wähler verlieren. (Beifall.)

Die Aussprache über die bevorstehenden Reichstagswahlen wird in der Nachmittagsung fortgesetzt. Helene Grünberg (Rürnberg): Beim Wahlkampf wird die Frau eine große Rolle spielen. Der Wettbewerb um die Frauenstimmen wird bei allen Parteien groß sein. Auch die Nationalliberalen verschmähen es jetzt nicht mehr sich um die Frauen zu bewerben. In den Versammlungen müssen wir besonders das Erwerbsleben der Frau in den Vordergrund stellen. Auch das Los der Hausfrau ist außerordentlich hart. Die Frauen sind doppelt erbittert, die Folge kann sein, daß sie den Parteien zu

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 106.

Magdeburg, Freitag den 7. Mai 1920.

31. Jahrgang.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei.

Das Proletariat der Tschechoslowakei konnte den 1. Mai in gehobener Stimmung begehen, denn die Wahlen in das Abgeordnetenhaus wie für den Senat haben den sozialistischen Parteien unerwartete Erfolge gebracht.

In einem Lande, das beherrscht ist von dem Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen, in einem Lande, in dem der nationale Kampf stärker ist als je und in dem die bürgerlichen Parteien beider Völker die chauvinistischen Triebe auf äußerste aufpeitschen, nicht um den nationalen Gegner zu treffen, sondern um den eignen Volksgenossen als national unverläßlich bekämpfen zu können — in diesem Land erhielten die deutschen Sozialdemokraten 48,6 Prozent der für die Deutschen abgegebenen Stimmen, die tschechischen Sozialdemokraten 33,4 Prozent und die Nationalsozialisten 14,9 Prozent, zusammen 48,3 Prozent der tschechischen Stimmen.

Von den tschechisch-bürgerlichen Parteien erlitten die Nationaldemokraten, die ehemaligen Jungtschechen unter der Führung des Abgeordneten Kramarich, eine empfindliche Niederlage; sie konnten nur 12,1 Prozent der tschechischen Stimmen auf sich vereinigen und eroberten von den 281 zur Besetzung gelangenden Mandaten gemeinsam mit der agrarischen Opposition bloß 13 Mandate, davon im Prager Wahlkreis 8, so daß ihr Anhang in den übrigen Bezirken ein sehr geringer ist.

Von den deutsch-bürgerlichen Parteien erhielten die Christlichsozialen, die im alten Oesterreich einen einzigen Vertreter aus den Sudetenländern entsandt hatten, zehn Mandate, der Bund der Landwirte elf, auf die übrigen Parteien, die zumeist sich auf gemeinsame Listen geeinigt hatten, entfielen 20 Mandate, so daß mit den 31 deutschen Sozialdemokraten insgesamt 72 deutsche Abgeordnete gewählt sind. Da jedoch noch 19 Mandate im Leiskener Gebiet, im Gullschiner Ländchen und in einigen Gebieten der Slowakei zu besetzen sind, wird die ursprüngliche Schätzung, daß ein Viertel der 300 Mandate den Deutschen zufallen, erreicht werden. Allerdings sind für die deutschen Parteien 33,7 aller Stimmen abgegeben worden, die famose Wahlgeometrie der Tschechen gesteht dem Drittel der Stimmen bloß ein Viertel der Mandate zu.

Sehr überraschend war das Wahlergebnis in der Slowakei, wo im ersten Wahlgang 21 tschechische und 8 madjarisch-deutsche Sozialdemokraten gewählt wurden, trotzdem Minister Grobar, der Führer der National- und Bauernpartei, kein Mittel unversucht ließ, den Sieg an sich zu reißen. Ein Kapitel für sich bilden die Juden, die in der ganzen Republik rund 80 000 Stimmen aufbrachten, jedoch kein Mandat erhielten, weil sie in keinem Wahlkreis die Mindestzahl von 20 000 Stimmen erreichten. Gäßen die Juden, die zum großen Teil ihrer Erziehung und ihrer Umgangssprache nach den Deutschen zuzuzählen sind, auch deutsch gewählt, so wären den Letztern noch ein oder zwei Mandate sicher gewesen.

Die Wahlen in den Senat bringen zwar eine Erhöhung der deutschen Stimmen, eine vom Standpunkte der Bevölkerungswissenschaft bemerkenswerte Tatsache, weil sie beweist, daß die tschechische Jugend im Alter von 21 bis 26 Jahren — welche Altersklassen bei der Senatswahl nicht mitwählten — zahlreicher ist als die deutsche Jugend, die sich in einem 4jährigen Kriege dem Phantom einer deutschen Vorherrschaft ausopferten mußte. Jüngendwelche Wendungen in den Parteiverhältnissen sind aber durch die Senatswahlen nicht eingetreten.

Man beginnt daher nach einer tragfähigen Regierungsmehrheit zu suchen. Während der unter-

legene Kramarich den tschechischen Sozialdemokraten bereits seine guten Dienste für die Schaffung einer Mehrheit durch Zusammenschluß aller tschechischen Parteien anbietet, denken andre Politiker an eine Koalition der Sozialdemokraten und Agrarier beider Völker, was ungefähr 175 Mandate, also auch noch keine Zweidrittel-Mehrheit, ergeben würde. Wenn man den Deutschen die Mitarbeit ermöglichen will, muß aber noch sehr viel Schutt weggeräumt werden. Der Zwischenfall, daß die deutschen Vertreter der Zentralwahlkommission ohne Abgabe ihrer Unterschrift vorzeitig sich entzogen, weil man die Anfertigung einer deutschen Uebersetzung des Protokolls verweigerte, läßt erkennen, daß nationaler Ueberdruß noch immer stärker ist als die Ueberzeugung, daß die tschechoslowakische Republik angewiesen ist auf die gemeinsame Arbeit aller produktiven Stände. Aber zu dieser gemeinsamen Arbeit wird man die Völker erst vereinigen können, wenn man ihnen gleichzeitig Gelegenheit gibt, auch für ihre eignen Angelegenheiten zu arbeiten, wenn man sie ihre nationalen und kulturellen Angelegenheiten selbst verwalten läßt.

Die Wahlen haben gezeigt, daß sich die Mehrheit des Volkes losragt von nationalem Haß. An den Regierenden ist es, diese Mahnung zu hören, ehe es zu spät ist.

Frauen als lästiges Unkraut.

Daß die Deutschnationalen nur dem Zwange gehorchen, wenn sie jetzt für die politische Gleichberechtigung der Frauen eintreten, ist für jeden Kenner ihrer Vergangenheit klar. Die deutschnationalen Politiker kämpfen nicht offen gegen diese Gleichberechtigung an, weil sie hoffen, daß sie mit Hilfe ihrer demagogischen Gefühlsagitatorin gerade die im politischen Leben noch unerfahrenen Frauen für ihre Zwecke gewinnen können.

Daß sich hinter der Maske der „nationalen Freiheit“, welche die Deutschnationalen augenblicklich ganz besonders hervorkehren, immer noch der alte reaktionäre rückschrittliche Geist von früher verbirgt, zeigte ein Ausspruch des deutschnationalen Wortführers und Schriftführers der „Deutschen Zeitung“ Abel aus Berlin in einer Versammlung in Halle. Ihm ent schlüpfte, als er über die politische Stellung der Frau sprach, folgendes beachtenswerte Geständnis:

Die politischen Frauen sind, wenn sie vereinzelt stehen, die Blumen auf dem Kornfeld. In größerer Anzahl wirken sie als lästiges Unkraut!

Dazu klatschte die Versammlung fürmischen Beifall. Einer Vorstandsbedame der „Deutschnationalen“ ging die Offenheit des Politikers Abel doch etwas über die Hut. Sie wandte sich mit Entrüstung gegen diese Herabsetzung der weiblichen Wähler. Nützen wird jedoch auch ihr diese Entrüstung nicht viel, denn die „Deutschnationalen“ (Konfessionellen) werden trotz der schönen Augen die andre ihren Nebenher sein den Frauen noch machen, nicht vor ihrer vor-nobemberlichen Gesinnung lassen können.

Die Offenheit Abels muß auch den besangenen Frauen zeigen, wo ihre eigentlichen Feinde, die nie aus ihrer reaktionären Haut herauskommen werden, sitzen. Das sollten sie bei der Wahl bedenken.

Die Gefahr von Altengradow.

Zu unserm gestrigen Artikel „Wie lange noch?“, in dem die Zustände in Altengradow dargelegt wurden, werden uns noch interessante Einzelheiten mitgeteilt. Die verfassungstreuen Mannschaften des Lagers, vor allem die Zivilangestellten, bezeichnet man jetzt als Bolschewisten, die die dort internierten Baltikumrussen verheizen. Man täuscht mit dieser Darstellung der

Sachlage die vorgelegten Dienststellen über den wahren Stand der Dinge.

In einem Berichte des Oberleutnants Weidling, Führers der Luftschifferabteilung, an die vorgelegte Stelle in Magdeburg heißt es, daß nach seiner Ansicht die Russen harmlos sind, allerdings muß Ueberwachung gefordert werden, daß keine bolschewistische Agitation von außen hineingetragen wird. Außerdem haben die Russen noch immer Respekt vor dem deutschen Militär. Dann fährt er in dem Bericht wörtlich fort:

Als eine weitläufige größere Gefahr für Altengradow und die Umgegend und dadurch vielleicht auch für eine Agitation unter den Russen ist das Durchgangslager Altengradow mit seinen 800 bis 400 Zivilangestellten anzusehen. Dieses Durchgangslager ist der Sammelpunkt aller unläutern Elemente der ganzen Umgegend. Nach meiner Ansicht nimmt die Verheerung unter den Zivilangestellten von Tag zu Tag zu. Da ausreichende Arbeit für die Zivilangestellten vollkommen fehlt und dieser Arbeitslosigkeit in keiner Weise genügend entgegengetreten wird, liegt die Gefahr vor, daß eine Verleumdung durch diese durchaus wackeligen Elemente mehr und mehr um sich greift. Hier möglichst schnell Wandel zu schaffen, wäre m. E. bedeutend wichtiger als wie bei den Russen.

So macht man es. Die Leute, die gegen die Moderschaften der Sowjerräter in den Märztagen einschritten, bezeichnet man als radikale Elemente und Nichtstuer und verlangt ihre sofortige Beseitigung, damit die „harmlosen“ Russen weiter ausgerüstet werden können für den nächsten Putsch, bei der man dann die Kontrolle eines verfassungstreuen Exekutivanschlusses nicht zu fürchten braucht.

Es muß nochmals dringend gefordert werden, daß der Reichswehrminister die Offiziere mit ihrem Baltikumfolge endgültig unschädlich macht.

Reine Sonderaktion.

Die mit Beginn des Wahlkampfes wieder stärker einsetzenden Bestrebungen zur Einigung der sozialistischen Gruppenführer der Arbeiterbewegung haben bereits zu gerade nicht sehr erfreulichen Erscheinungen geführt. Nebenbei werden zwischen einzelnen Abteilungen, Ortsgruppen und Bundesverbänden Verhandlungen über die Wahltaktik zwischen den Unabhängigen und unsern Genossen geführt. So begrüßenswert diese Bestrebungen an sich sind, so sehr muß doch vor jeder Sonderaktion gewarnt werden. Ueber eine eventuell gemeinsame Wahlparole kann es nur Verhandlungen zwischen den Zentralen der einzelnen Parteien geben. Nur so kann die Einheit unserer Politik während der kommenden Wochen gesichert werden.

Vor allen Dingen muß davor gewarnt werden, daß mit den Unabhängigen irgendwelche Verträge geschlossen werden. Der Vorstand der pommerischen Unabhängigen ist beispielsweise an unsere Parteileitung wegen Abschluß eines Wahlabkommens herangekommen und hat die Bedingung gestellt, daß wir uns zu einer Politik bekennen, die grundsätzlich jede parlamentarische Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen verwirft und im Falle eines ungünstigen Wahlausgangs die Anwendung außerparlamentarischer Machtmittel zur Durchsetzung der politischen Forderungen verlangt. Solche und ähnliche Bedingungen werden die Unabhängigen überall stellen. Demgegenüber gibt es nur eine schiebende Ablehnung durch uns. Wir halten an der Demokratie fest und werden auch im Falle eines ungünstigen Wahlausgangs, wenn es notwendig ist, im Interesse des Landes an der Koalition festhalten, so un bequem das auch sein mag. Auf jeden Fall aber warnen wir nochmals alle Genossen im Lande vor irgendeinem eigenmächtigen Vorgehen und eventuellen Abschluß eines Wahlabkommens mit den Unabhängigen. Größte Reserve ist um so mehr geboten, als der Konflikt zwischen Breitscheid und dem Zentralomitee der U. S. B. beweist, daß man sich im Lager der Unabhängigen noch keineswegs über die einzuschlagende Taktik klar ist.

Der Schandfleck.

Roman von Sudwig Kuzengrubel.

(83. Fortsetzung.)

Sie gingen die Straße durch das Dorf. Der lange Kohlenbrenner hielt sich immer einige Schritte abseits von den andern. Hier gab der eine, dort der andre gute Nacht und beschworend in der Tür eines niederen Häuschens oder hinter dem Gatter einer Hofumzäunung; als Florian bei dem mittleren Graben anlangte, befand sich niemand mehr an seiner Seite. Er schritt rümpfend aus, aber er hatte nur eine kurze Straße zurückgelegt, als er hinter sich jemand stöhnend hörte, er dachte gleich an den Kohlenbrenner, und da er ihm keine freundliche Absicht zumuten mochte, so drehte er sich so herausfordernd um, daß der Herantommende, es war der Köhler, nicht zweifelhaft sein konnte, welcher Empfang ihm zugebracht sei.

„Sei nicht dumm, Florian, leuchte hingutend der Länge. Ich werde Dir doch nicht nachlaufen, um mir die versprochenen Schläge zu holen, ich weiß ja wohl, daß Du von uns zweien der Stärkere bist. Mich verlangt nur, daß ich Dir sag, was ich heute geredet hab, das laß zu einem Ohr hinein- und zum andern hinausgehen. Sehr Dich nicht daran, ich hab es nur so im Borne vorgebracht, weil Du mich geschraubt hast, als machst ich noch immer wie ehedem der Erste sein und ist es Dir neben, das selbe ist aber halt doch nicht wahr, ich bin schon zu alt, und Dich mag ich leiden, und es läge mir auf dem Gewissen, wenn ich der Anlaß wär, daß Du zu Schaden kämst. Wo noch einer glauben kann, er mag den andern auf, nun, da ist gerauft oben gerauft, aber da ist's gemöckelt, der Urben ist ein Peck wie der Teufel selber, der bringt einen auch um in aller Gemütslichkeit. Schon, muß nicht nach Ribendorf gehen. Gänselein wird Dich darum leiner, denn daheim bei uns bist Du der Starke. Lu's nicht.“

„Dankümer Dich nicht allfort um mich.“ Der Müllersohn drehte ihm den Rücken und ging.

„Für, Florian,“ rief ihm der Köhler nach, „nur eins nimm von mir an!“

Der Angerufene hielt inne und blieb, abgemeldet von ihm, zurückstehend stehen.

„Wenn Du schon gehst, so reiz den Sackermeyer nicht unnötig auf, sag: Du kämst nur, um Dich zu erproben; berabredel ein Ringen und welche Boxen! dabei gelten sollen und welche nicht, und wird einer geworfen, so soll's aus sein und soll nicht weiter Hand an ihn gelegt werden. Hörst Du?“

„Ich hör schon,“ sagte Florian und kehrte sich dabei etwas dem Kohlenbrenner zu. „Soll nicht auch noch ausgemacht werden, auf einem Heuhöber müßt es vor sich gehen, damit, wer verliert, nicht hart fällt? Du bist doch selber kein so Feighart, wie Du andern zu sein anraten möchtest. Daß Du mich darauf gehockt hast, ist mir lieb, denn es ist doch einmal was Neues, und wie es ausgeht, da ängstige Dich nicht. Beschüt Dich Gott, Jader!“

„Beschüt Dich Gott, aber...“

„Gehen wir als gut Freund boneinander gehen, so gib mir jetzt weiter keine Red.“ Gute Nacht.“

Mit raschen Schritten entfernte er sich, der Köhler blieb eine Weile nachdenklich stehen, er machte einige lebhaft, bedauernde Gesten hinter dem Dabonnellenen und ging dann langsam und kopfschüttelnd seiner Wege.

Als Florian dem Busche nahe war, der den Reindorfhof verdeckte, hörte er jemand auf der Straße einherlaufen, und als er um das Gesträuch bog, rannete ein Mann an ihn. Er erkannte den alten Knecht Reindorfers.

„Nun, was gibt's so eilig?“ fragte er.

„Gut ja, eilig — guten Abend,“ sagte der Knecht. „Den Wader haben wir im Haus. Die Bäuerin will versterben, ich muß noch in hochwürdigen Herrn laufen. Gute Nacht!“

„Gute Nacht! Die Bäuerin will versterben!“ Er betrachtete den Reindorfhof, der friedlich im Abendhatten vor ihm lag.

„Wie lang dauert's, ich rümpf der junge Bauer eine neue Bäuerin darauf. Etwa die Welscher Saphel?“ Er lachte höflich.

„Dem entspinnt sich aufs neue die alte Geschichte zwischen dem Hof und der Wirt!“ Er lachte nicht mehr, ihn fröstelte.

Er schag hastig den Weg hinan, der über die Wiese und durch das Lannowdöbchen führte. Er kam bis zum Weis-

„Wie dumm! Nun will mich heut auf einmal alles erinnern. Ich mein, sollt ich jetzt durch den Lamm, ich laurt weinen wie ein Bub!“

Er kehrte wieder um und verfolgte den Weg auf der Straße.

„Da haben wir uns auch einmal als Kinder getummelt. — Daß es mich gerade heute überkommt?! — Da geht ich einher und mir ist, daß ich keinen Wurm vom Halmst reifen und keine Schneide zerkneten müßt! Et ja, so sieht einer aus, der morgen mit dem Urben von Ribendorf auf, und was im Wege war, das mochte sich vorsehen.“

Es war in der Nacht, als der Pfarrer auf dem Reindorfhof ankamte.

Er trat in die Stube, in der Ede stand das Bett, darin die Bäuerin lag, sie atmete schwer. Ein Oellämpchen beleuchtete spärlich den Raum und warf einen schwanken, matten Schein auf den Tisch, worauf es stand, daran saß der alte Reindorf und schlief.

„Guten Abend, Reindorf, wie geht es?“ fragte der Pfarrer; er war die Zeit über noch beleibter geworden, aber er hatte keine Lebhaftigkeit eingebüßt.

„Ich sitz die Hand, hochwürden,“ sagte der Bauer. „Schlecht geht es, recht schlecht. Ich schweiß gerade an die Magdalen“, auch der Besse hab ich Vorkast lassen lassen. Es ist nur, daß die Kinder es wissen, so sehen verlangt sie sich keines. Ich soll die nur zulassen, wenn sie ausgehakt fern wär.“

„Sonderbar, die Kinder will sie nicht um sich?“

„Nein. Ich werd sie weden, hochwürdiger Herr, damit sie bescheit.“

„Daß es gut sein. Ich will es Lyon abwarten, bis sie von selbst wach wird.“

„Ich bin wach,“ sagte die Kranke plötzlich.

„So will ich Euch Besichte hören, Reindorferrin.“ Der Pfarrer setzte sich an das Bett der Erbenden, der Bauer wollte sich entfernen, aber sie machte eine heftige Bewegung, als wollte sie ihn zurückhalten, so daß der Seelsorger sich rasch erhob und sagte: „Weißt nur da, Reindorf.“

(Fortsetzung folgt.)

kaufen, die Ihnen das meiste versprechen. Den U. S. B. muß gesagt werden, daß sie mit ihren Wünschen an der schweren Lage der Frauen mit Schuld sind. Jede Schwärzung des Erwerbslebens erschwert auch die Lage der Frau im Haushalt. (Beifall.)

Abolf Braun (Franken): Bei der Kandidatenaufstellung wird von den Parteigenossen in den Bezirken niemals gefragt, wie der Reichstag aussehen soll. Vielfach wird die Aufstellung abhängig gemacht von Gesichtspunkten der Belohnung für Leistungen im Kreise. So wichtig es ist, die Zuverlässigkeit der Genossen zu prüfen, ebenso wichtig ist es, ob sie in dem Ehrenamt auch die schwereren Aufgaben erfüllen können, ob sie die Zeit und die Möglichkeit haben, im Reichstag zu arbeiten. Vielfach erschallt jetzt der Ruf nach lauter neuen Leuten, die alten sollen auf den Müllhaufen geworfen werden. Eine politische Fraktion muß sich ständig erneuern, aber sie braucht auch alte erfahrene Mitglieder, die neuen Männern einen Fuß fassen. Für die parlamentarische Arbeit sind die besten gerade gut genug. Solange die Arbeiterschaft gespalten ist, kann es keine sozialistische Regierung geben. Alle Parteien weisen Risse auf. Wir allein sind geschlossen und haben die Partei durch Krieg und Revolution hindurch gerettet. (Beifall.) Wir haben alle viel zuzunehmenden Stolz und zuzunehmende Selbstbewußtsein. Wozu die Furcht vor den Unabhängigen? Was sie uns wegnehmen können, haben sie uns schon wegnommen. Jetzt sind sie schon in die Verteilungsgeschäfte gedrängt und haben Angst vor den Kommunisten. Daher können wir dem Wahlkampf mit Zuversicht entgegengehen. (Beifall.)

Sollmann (Süd): Im Wahlkampf müssen wir den Einheitsstaat mehr in den Vordergrund stellen. (Beifall.) Wir müssen auf diesem Gebiete die Führung übernehmen. Jede Spaltung im Zentrum bedeutet eine Schwächung des Sozialismus. Mögen solche Spaltungen im Zentrum für den Augenblick einen vgl. Erfolg bedeuten, politisch sind sie verhängnisvoll, weil damit eine Koalitionspartei geschwächt wird, die in vielen Fragen zuverlässiger war als die Demokraten. (Zustimmung.) Auf die Verfassung von Weimar muß in den Wahlversammlungen stets hingewiesen werden. Es gibt keine Arbeiterklasse in der ganzen Welt, die einen Schlag über den von Versailles mit solcher Gelassenheit hingenommen hätte, wie die deutsche Arbeiterklasse. (Zustimmung.) Es ist bedauerlich, wie wenig blühender Demut die deutsche Arbeiterklasse sich diesem Frieden gegenüber verhält. (Zustimmung.) Und doch ruht ein erheblicher Teil der Hindernisse für bessere wirtschaftliche Verhältnisse in diesem Frieden. Wir müssen im Wahlkampf auch die Erinnerung an den Krieg immer wieder wachrufen. Viel zu viele haben den Krieg schon vergessen. Unre Gegner werden ihre Agitation darauf einstellen, als ob die Weltgeschichte erst am 9. November begonnen hat. Wir müssen auf die Stunden der Politik vor und während des Krieges hinweisen. Wir müssen auch nach links scharf kämpfen. Wer stellt übrigens die Reichsliste auf? Sie kann unter Umständen dem ganzen Wahlkampf ihren Stempel aufdrücken. Alle Bestimmten und Bürger sollen jetzt sechs Wochen lang das Maul halten. (Heitere Zustimmung.) Wer in den Wahlkampf zieht, muß an den Erfolg glauben. Wir allein haben die Errungenschaften der Revolution gesichert, der 6. Juni wird uns recht geben. (Beifall.)

Korschender Rede: Da ein Teil der Bezirke die Kandidaten für den Reichstag noch nicht aufgestellt hat, ist auch die Aufstellung der Reichsliste heute noch nicht möglich. Parteivorstand und Parteiauswahl schlagen daher vor, die Reichsliste von einer Kommission aufstellen zu lassen, die aus sieben Mitgliedern der Konferenz und zwei Mitgliedern des Parteivorstandes besteht.

Grüblich (Dresden): Auch ich bin gegen alle Schwarzseherei. Aber die schönsten Reden können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß vieles verärgert worden ist. Vor allem haben wir uns mit wirtschaftlichen Problemen viel zwenig beschäftigt. Uns fehlt ein wirtschaftliches Aktionsprogramm. Wir müssen die Vorarbeiten für die Errichtung einer methodischen Planwirtschaft leisten, bisher haben wir uns mit platonischen Bestimmungen begnügt. Es kommt nicht darauf an, diesen oder jenen Großbetrieb zu sozialisieren, wir müssen vielmehr auf allen Gebieten eine neue Wirtschaftsform zielbewußt und methodisch vorbereiten. Die Planwirtschaft ist ein Wirtschaftssystem, das auch auf den empfindlichsten Wirtschaftszustand anwendbar ist und das den heutigen Durchschnittpunkt an Ende setzt. Wir müssen den Wahlkampf nach großen grundsätzlichen Gesichtspunkten führen. Wir sind nicht nur eine Partei der Gegenwart, sondern unsere Ziele gehen über den Tag hinaus. Die Massen sind nur zu gewinnen, wenn sie das Gefühl bekommen, daß wir unseren Kampf einstellen auf die ganz großen Menschheitsziele. (Beifall.)

Eng (Wormen): Scheidemanns Rede hat eine Wirkung. Wo war der Mund nach links. (Unruhe.) Auch seine Rede hat darüber nicht hinweggeleitet, daß bei der bisherigen Politik für die Arbeiterklasse doch recht wenig herausgekommen ist. (Widerspruch und Lachen.) Sie haben eben keine Führung mit den Massen. (Neuer Widerspruch und Lachen.) Die Massen haben, daß immer auf ihre Kosten Politik gemacht worden ist. Was ist übriggeblieben von dem großen Kantamt in der Frage der Sozialisierung? Nichts als die paar Plakate an den Straßenecken. (Unruhe und Zurufe: Was hätten Sie denn erreicht?) Unre Genossen in der Regierung sind nicht mit der nötigen Energie aufgetreten. (Widerspruch.) Das können Sie den Arbeitern nicht ausreden. Noskes Fehler werden jetzt wiederholt und daher droht auch wieder ein neuer Kapp-Putsch. Jetzt auf einmal soll die Reichswehr verfassungstreu sein. Wir an Niederrhein haben uns mit Vorbedacht gegen das Vorziehen der Reichswehr gemeldet. Die Regierung hat keine Macht mehr über die Militärführer. (Widerspruch.) Wir müssen einen scharfen Mund nach links tun und erklären, daß in Zukunft eine Koalitionspolitik nur dann noch möglich ist, wenn die bürgerlichen Parteien im Interesse der Arbeiter größere Opfer bringen.

Berner (Hamburg): Noske hat von einem Kladderadatsch der Volkswehr in Hamburg gesprochen, davon kann gar keine Rede sein, wie die Affäre Laufenberg beweist. Auch im April 19 hat sich die Volkswehr sehr bewährt und hat nur einmal verlagert im Juni, und zwar deshalb, weil alle Mannschaften durch Gebot des Reichswehrministers in der Entlassung standen. (Sehr wahr!) Nun ein Wort zur Parteipresse. Ich sage, wenn wir siegesgewiß in den Wahlkampf ziehen können, so ist das besonders der Haltung der Parteipresse zu danken, mehr als der Arbeit unrer Genossen in der Regierung und in der Nationalversammlung. Denn gerade dadurch, daß die Presse auch hier mit der Kritik nicht gespart hat, hat sie das Vertrauen der Arbeiterschaft sich erhalten. Wir sind keine Regierungspartei in einem alten Sinn und dürfen es nicht sein, und übrigens hat auch die konterwärtige Presse früher nicht mit der Kritik an der damaligen Regierung zurückgehalten. (Sehr richtig!) Wenn man allerdings kritisieren will, daß man mit dem Sozialismus noch nicht weitergekommen ist, so muß ich vor allen Dingen sagen, daß Wort „Sozialismus“ ist ein Schlagwort geworden. Der Kapitalismus ist durchaus noch nicht überunden. Das ist alles andre als das Werk weniger Monate.

Wendenuth (Waldenburg): Niemand berkennt die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen unsere Genossen in der Regierung zu kämpfen haben, aber wir sind nicht mit ihnen verheiratet und müssen, wo es notwendig scheint, Kritik üben. (Sehr richtig!) Wenn wir ein Programm, ein Aktionsprogramm schaffen wollen, dann muß es vor allem die Mindestforderung enthalten, die wir bei einer eventuell notwendigen Koalitionsregierung stellen und einhalten müssen. Eine neue Koalitionsregierung darf nie mehr eine so halbe sein, wie sie die bisherige war. In der Frage der Einigung mit den Unabhängigen dürfte man schon optimistischer sein. Auch bei den Unabhängigen sind Umformungen eingetreten. Das kommt deutlich zum Ausdruck in der Bereitwilligkeit zu einer Arbeiterregierung, die ja auch eine Art Koalitionsregierung darstellt. Man darf diese Leute nicht vor den Kopf stoßen. Wir müssen

im Wahlkampf sehr scharf gegen rechts, gegen links, aber nur, soweit es grundsätzliche Unterschiede in Frage kommen, Stellung nehmen. Nach den Wahlen müssen wir vor allem die Unabhängigen fragen, ob sie mit uns regieren wollen; mindestens mit dem rechten Flügel sind die Aussichten zumindst zu einer Arbeiterschaft wohl gegeben. Gelingt es uns, in klarer Vertretung wieder in den Reichstag zu ziehen und mit den andern sozialistischen Parteien eine gemeinsame Regierung zu bilden, dann ist der Sieg des Sozialismus sicher. (Beifall.)

Stard (Essen): Einigen waren Scheidemanns Ausführungen nicht weit genug gerichtet. Das ist ja der Fehler, daß unsere Genossen im Lande nicht weit genug in ihren Grundansichten sind und den Genossen in der Regierung ihre Arbeit erschweren haben. Ich will nicht nach rechts, aber auch nach links keinen Schritt machen, sondern ich stehe fest auf dem Boden des Erfurter Programms. (Beifall und Widerspruch.) Je mehr sich die Genossen im Lande der Diktatur des Proletariats nähern, desto größer wird die Konfusion im Lande. Genosse Noske hat durchaus recht, wenn er uns einen großen Teil Schuld an dem Kapp-Putsch gibt. Warum sind unsere Leute nicht in die Einwohnervogel gegangen? Hätten die Kapp-Rüthwig scharfer aufgegriffen, dann hätten wir uns möglicherweise auf die Dauer nicht wehren können, weil wir keine Waffen gehabt hätten. Es ist eine Frage, ob die Unabhängigen selbst bei einer sozialistischen Mehrheit mit uns gehen werden. Wir brauchen kein Aktionsprogramm; wir bleiben unserm alten guten Erfurter Programm treu.

Schulz (Partei Vorstand): Wie kann man sagen, es wäre nicht erreicht? Was früher von uns mit allen Fasern erstrebt worden ist, jetzt ist es da, und nun tut man, als ob das gar nicht wäre. Den zweiten Teil des Erfurter Programms können wir nicht aufrechterhalten, weil das meiste verwirklicht ist. (Sehr richtig!) Offenlich besser ist es, daß die politische Valuta. Wir können guten Mutes in den Wahlkampf gehen.

Winkelmann (Oberfeld): Gewiß, Mißtrauen gegen links, aber erst recht gegen rechts und gegen Demokraten und Zentrum! Unre Koalitionsbrüder fragen den Teufel nach unserer Verfassungskurve. (Unruhe.) Wo ein Wahlabkommen mit links möglich ist, sollte es abgeschlossen werden. Es herrschen ständische Zustände. Leute, gegen die Haftbefehle vorliegen, laufen frei in der Welt herum. Kapitän Ehrhardt läßt sich interviewen, und seine Mannschaft droht, in Berlin alles kurz und klein zu schlagen, wenn ihr Führer verhaftet wird. Wir haben uns zur Entwaffnung der Döberitzer angeboten und hätten es fertiggebracht. Aber man hat uns nicht gewollt.

Mollenhuth (Partei Vorstand): Gewiß muß der Militarismus bekämpft und die Rüstungsfrage im Auge behalten werden. Aber bei den Wahlen dürfen wir nicht eine Einzelfrage herausgreifen. Zu Kleinmut ist kein Anlaß. Die Angelegenheit der Unabhängigen und Kommunisten besitzen für uns keinen Reiz der Neuheit. Was jetzt Holz und Leibeibour sind, waren früher Bakunin und Most. Wenn uns jemand 1918 gesagt hätte, daß wir das allgemeine Wahlrecht bekommen würden, wir hätten ihn ausgelacht. Das russische Transporthwesen ist vollkommen gerettet. Mehr als 60 Prozent der Maschinen sind unbrauchbar. Die ganze Volkswirtschaft ist in Grund und Boden geirrt. Meist dieses Beispiel zur Nachahmung? Umgekehrt sehen wir, daß in Deutschland bereits riesige Werke und Betriebspunkte in Staatsbetrieb sind. Da frage ich, ob die nicht ganz automatisch die verordneten Betriebspunkte auffangen; z. B. die Reichseisenbahnen den Lokomotiv- und Wagenbau usw. Man kann nicht willkürlich aus einem kapitalistischen Staat in einen sozialistischen hinführen, sondern die Entwicklung muß folgerichtig gehen. Das Tempo aber darf nicht verlangsamt werden, sondern muß umgekehrt beschleunigt werden. Wenn dies der Fall sein wird, dann wird auch diesmal wie all die Jahre her die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die alte stolze Partei sein und bleiben. (Beifall.)

Leuterich (Hamburg): Auch wir glauben, daß der Wahlkampf günstig verlaufen wird, denn der Rutsch vom 18. März hat vielen Unabhängigen gezeigt, daß es heute notwendig ist, die Demokratie zu verteidigen, als die Diktatur zu fordern. Unre Wahlkampf nach links muß sein; Leben und leben lassen. Selbstverständlich müssen wir aber die Koalitionspolitik, die wir bis heute getrieben haben, lebhaft verteidigen. Eine sozialistische Regierung ist heute unmöglich; sie wäre selbst, wie das Hamburger Beispiel zeigt, dann unmöglich, wenn sie eine sozialistische Mehrheit hinter sich hätte. Denn der Intellekt und die Erfahrung auf der Gegenseite sind unbedingt notwendig. Die Genossen Müller und Bauer und andre hervorragend in der Regierung verantwortlichen Genossen will man nicht mehr aufstellen, nur weil sie die Verantwortung getragen haben. Ich meine, gerade für solche hervorragenden Führer ist die Reichsliste da. Die Zwangswirtschaft kann und darf für uns nur eine Frage der Zweckmäßigkeit und nicht des Prinzips sein, und bei der Steuerpolitik müssen wir noch mehr wie bisher die Hauptlast auf die Schultern der großen Einkommen und der großen Vermögen legen. (Beifall.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Genossen Eng verlagte sich die Reichskonferenz auf morgen Donnerstag 8 Uhr vormittags; Fortsetzung der Aussprache.

Zweiter Tag.

(Drahtbericht der „Volkstimme“.)

Die Verhandlungen der Reichskonferenz werden, am Donnerstag früh 9 Uhr fortgesetzt.

In der Aussprache über das Referat Scheidemanns erhebt

Franz Krüger (Berlin) das Wort, der die bisherige Politik der Partei verteidigt und dafür eintritt, daß auch im kommenden Wahlkampf nach rechts und links die demokratische Republik verteidigt wird, weil nur auf diesem Weg ein Fortschritt zum Sozialismus möglich ist.

Es wird eine Resolution eingebracht, die die sozialdemokratische Arbeiterschaft zum Wahlkampf aufruft. Wir werden den Vorlauf morgen veröffentlichen.

Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich eine ganze Anzahl Redner beteiligen, nimmt

Reichskanzler Genosse Müller

das Wort: Man vergesse niemals, unter welchen schwierigen Umständen wir seit dem 9. November arbeiten müssen. (Sehr richtig!) Wir haben die Republik verteidigen müssen gegen ununterbrochene Angriffe von links und rechts. Nach dem Zusammenbruch im November 1918 mußten wir noch ein Jahr unter dem Waffenstillstand verbringen, um dann den Frieden von Versailles zu schließen. Jetzt stehen wir vor Spa. Der erste Schritt ist getan, um mit den bisherigen Feinden in verständlicher Weise zusammenzuarbeiten. (Genosse Mühl: Frankfurt!) Ich hoffe trotz Frankfurt a. M., daß auch bei den Franzosen eine verständlichere Stimmung Platz greifen wird, weil alle europäischen Staaten sich in diesem Kriege tot gegiebt haben. (Sehr richtig!)

Die Koalitionspolitik kann nicht Wahlparole sein. In der Koalition stehen sich drei Weltanschauungen gegenüber. Jede Koalitionspartei wird in voller Selbständigkeit in den Wahlkampf ziehen. Wir müssen sehen, die Mehrheit zu erhalten. Gelingt es uns nicht, dann müssen wir weiterhin Koalitionspolitik treiben, aber versuchen, den sozialistischen Einfluß zu verstärken. Den Wahlkampf nach rechts und links wollen wir sachlich führen.

Eine Arbeiterregierung wird nicht eher möglich sein, als bis wir eine sozialistische Mehrheit haben. Ich habe mich im März gegen die Bildung einer Arbeiterregierung gewandt, weil für die Arbeiterschaft jetzt dabei nichts Gutes herausgekommen wäre. Wir sind abhängig von der Rüstungseinfuhr

aus dem Auslande. Die Rüststoffe gehören kapitalistischen Regierungen, die zu einer Regierung, in der ein bürgerlicher Einfluß zu verzeichnen ist, mehr Vertrauen haben. Ein anderer Weg — den ich auch vorgeschlagen habe — war die Eingliederung der Unabhängigen in die Regierung zur Bildung eines starken republikanischen Mordes. Das haben die Unabhängigen glatt abgelehnt. (Hört, hört!)

In den Märztagen hat die Arbeiterschaft bewiesen, daß sie trotz der Not noch Idealismus besitzt. Die großen Entbehrungen, die die gesamte Arbeiterschaft auf sich nahmen, müssen dankbar anerkannt werden.

In den Wahlkampf müssen wir gehen mit diesem Idealismus und mit unerschütterlicher Zuversicht an den endgültigen Sieg. Wir wollen den Wahlkampf aufnehmen mit der Losung: Für Republik und Sozialismus! (Beifall.)

(Die Debatte geht weiter.)

Auslegung der Wählerlisten.

Der Reichsminister des Innern hat durch eine im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Bekanntmachung angeordnet, daß die Wählerlisten und Wahlkarten von Sonntag den 9. Mai bis Sonntag den 16. Mai ausgelegt werden müssen.

Vor der Auslegung der Wählerlisten haben die Gemeindeverbände bekanntzugeben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Wählerlisten erhoben werden können.

Diese Bekanntmachung hat spätestens am 8. Mai zu erfolgen. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten sind spätestens am 16. Mai bei der zuständigen Gemeindebehörde einzulegen.

Sie wollten Wilhelm absetzen.

Ein amerikanischer Korrespondent hat in Holland Dudenborff aufgesucht und ihn befragt, was dieser Förderer der Kappisten gesagt hat, ist belanglos. Derselbe amerikanische Journalist hat aber auch den Oberst Bauer aufgesucht, die „rechte Hand Dudenborffs“, und zwar im Leben und Kreise einer Stadt. Bauer wird heftig verfolgt; die deutsche Polizei findet ihn nicht, dem Amerikaner aber steht er gern Rede.

Und was sagt Bauer, die rechte Hand Dudenborffs?

Die Oberste Generalkommando war eine vor acht Jahren, die den Kaiser umgab. Der Generalstab mußte oft um das Notwendigste betteln, und auf die vitalsten Entscheidungen mußten wir mitunter wochenlang warten. Man konnte den Kaiser nicht zu einer Entscheidung bringen. Im Januar 1918 erklärte ich Dudenborff, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse, oder der Ausgang des Krieges sei gefährdet, und drang darauf, daß diesbestmögliche Schritte getan würden.

Der Plan der Militaristen ist damals nur an der Opposition Hindenburgs gescheitert.

Zehn Monate später wurde Wilhelm abgesetzt. Vom Volke, vom ganzen deutschen Volke. Bauer, Dudenborff und Konsorten hätten also zufrieden sein müssen. Aber mit den Hohenzollern wurden auch die Generale, Junker und das ganze alte Regime hinweggefegt. Und das ging weit über das Bauerische Ziel hinaus. Sie wollten den Hohenzollern beseitigen, um ihre eigene Herrschaft zu retten; sie wollten aber nicht mit den Hohenzollern selber untergehen.

Daher der Aufstand vom 18. März. Er sollte ihnen die alte Macht wiedergeben, die alte Diktatur zurückbringen. Bauer war der tätige Helfer des Rüstung, und Dudenborff ging in jenen Tagen im Kappischen Quartier ein und aus und spendete freigiebig seine militärischen Ratsschlüsse: durchhalten, durchhalten!

So sahen die Leute aus, die die Monarchie wieder einführen wollen, so halten sie dem „angestammten Fürsten und obersten Kriegsherrn“ die Treue und ihre Schwüre.

Und so demagogeln die Parteien, die als ihre Schildhalter in den Wahlkampf ziehen: die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei. Selbst die gefühlsmäßigen Monarchisten könnten begreifen, was sie von ihren monarchischen Beteuerungen zu halten haben.

Ein Stück Agrarsozialismus.

Die Preussische Landesversammlung nahm heute das Gesetz über den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk und dasjenige über die Bodenverbesserungsgenossenschaften in zweiter und dritter Lesung an. Das zweite Gesetz gab dem Ministerpräsidenten Braun, der zugleich das landwirtschaftliche Ressort innehat, Veranlassung, das wichtigste Stück seines Agrarprogramms vor dem Hause zu entwickeln: die Siedlung. Sie ist natürlich nicht das Endziel der sozialistischen Agrarpolitik, sondern nur eine Etappe auf dem Wege zu ihm, sie ist aber wichtig genug für unsere Volksernährung und für die Beschäftigung zahlloser gegenwärtig noch brachliegender Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Braun betrachtet die Kultivierung des Odeboodes, von dem wir in Preußen noch 1 1/2 Millionen Hektar besitzen, als das wichtigste Mittel zur Beschaffung von Siedlungsland für die Landhungrigen und zur Beschaffung von Brot für die hungrige Bevölkerung. Die Bodenverbesserung erfordert aber viel Zeit und viel Geld, darum ist nicht der Weg der Enteignung gewählt worden, den die Reichsfehlungsordnung auch zur Verfügung gestellt hat, sondern es sollen Genossenschaften gegründet werden, deren Pflicht die Kultivierung des den Genossen gehörigen Odeboodes ist. So hofft der Landwirtschaftsminister sein Agrarprogramm auf einem für die jetzigen Besitzer mildern und zugleich für den Staat billigeren Wege zu erreichen. Selbstverständlich fehlte es nicht an der Opposition, die die Vertreter des Besitzes, die hauptsächlich auf der rechten Seite des Hauses sitzen, gegen alle Vorlagen zu machen pflegen, die ihnen nach Sozialisierung auszuweisen schienen. Ihre Abänderungsanträge wurden jedoch sämtlich abgelehnt. Am Donnerstag wird man über die Anträge wegen der Einwohnervogel abstimmen und den Nobelat beraten.

Notizen.

Keine Mittelstands-kandidaten. Eine von Vertretern der Mittelstandsorganisationen aus ganz Deutschland beschickte Konferenz einigte sich in Braunschweig nach langwieriger zweitägiger Aussprache auf einen Beschluß, wonach die führenden Mittelstandsorganisationen ihren bisher von ihnen vertretenen Standpunkt auch bei den Reichstagswahlen festhalten und von der Aufstellung eigener Mittelstands-kandidaten Abstand nehmen. In solchen Wahlkreisen, in denen der Mittelstand keine ausreichende Vertretung auf den Listen der politischen Parteien findet, jedoch über eine ausreichende Organisation verfügt, soll einem selbständigen Vorgehen der Mittelstandsorganisation kein Hindernis bereitet werden. Also ein Beschluß wird gefaßt, um sofort — meistens lokal — durchgesetzt zu werden.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 106.

Magdeburg, Freitag den 7. Mai 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. Mai 1920.

Streit der Magistrats-Hilfsangestellten.

Die Hilfsangestellten des Magistrats sind am Mittwoch nachmittag in den Streik getreten. Die Streikleitung teilt dazu mit:

Am 27. April entschied der Schlichtungsausschuss in Magdeburg dahin, den Magistrats-Hilfsangestellten eine Kopfgulage in gleicher Höhe wie den Industrieangestellten (monatlich 20 Mk.) zu zahlen. In der Begründung dieses Schiedsspruches wurde ausdrücklich betont, daß die zugesprochenen Kopfgulagen den Hilfsangestellten bei den Tarifverhandlungen im Januar ausgebrochen worden sind. Am 4. Mai wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß die Magistratsführung durch Beschluß des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses abgelehnt habe, daß sie aber vielleicht bereit sei, die Kopfgulage nicht ab Januar, wie der Spruch besagt, sondern nur für März zu bewilligen.

Dieser Magistratsbeschluß wirkte wie ein kalter Wasserstrahl auf die Hilfsangestellten. Denn das eine Verbot, die selbst Schlichtungsausschüsse zur friedlichen Lösung von Arbeitsstreitigkeiten einzusetzen, einen Schiedsspruch unserer Schlichtungsausschüsse ablehnen, ist ein Beweis für nicht allzuviel soziales Verständnis. Der Magistrat geht den privaten Arbeitgebern mit einem wirklich guten Beispiel voran. Da der Magistrat ein Entgegenkommen nach keiner Richtung hin zeigte, haben sich die Magistrats-Hilfsangestellten, durch die äußerste Not in der sie sich befinden, gezwungen gesehen, in den Streik zu treten. Wie berechtigt der den Angelegenheiten aufgewungene Kampf ist, beweisen die nachstehenden jetzt gezahlten Gehalte:

Männliche ledige Angestellte	bis 20 Jahren	350 Mark
"	" 25	420 "
"	" über 25	480 "
Verheiratete männliche Angestellte	bis 20	375 "
"	" 25	450 "
"	" über 25	525 "
Weibliche ledige Angestellte	bis 20	210 "
"	" 25	280 "
"	" über 25	315 "

Kinderzulagen 25 Mark pro Monat.

Geschlossen ist die Angestelltenchaft in den Kampf getreten, der proklamiert worden ist von den drei kaufmännischen Organisationen, denen sich der Reichswirtschaftsbund derzeitiger und ehemaliger Untertassige angeschlossen hat. Kollegen und Kolleginnen, bewahrt Solidarität!

Die Streikleitung tagt von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends im „Arztshof“.

Der Magistrat schickt uns eine umfangreiche Darstellung, die wir nicht vollinhaltlich wiedergeben können. Wir beschränken uns auf diese Angaben aus der Zuschrift:

Die Hilfsangestellten beantragten vom 12. Januar eine Teuerungszulage von 100 Prozent des derzeitigen Gehalts an Verheiratete, 80 Prozent des derzeitigen Gehalts an Ledige sowie 10 Prozent für jedes Kind. In der Magistratsführung vom 18. Januar ist dieser Antrag als weit über das Ziel hinauschießend abgelehnt worden.

Beschlossen wurde, für die weiteren Verhandlungen die Gehaltsfrage der kaufmännischen Angestellten in der Industrie als Richtschnur zu nehmen. Am 19. Januar haben darauf weitere Verhandlungen zwischen Vertretern des Magistrats und den Hilfsangestellten stattgefunden. Im Verlauf derselben wurde von Stadtrat Haupt den Hilfsangestellten der Vorschlag gemacht, ihnen dieselben Bezüge zu gewähren, die ihnen nach dem Tarif der kaufmännischen Angestellten in der Industrie gewährt würden, desgleichen ihnen auch eine etwaige Mehl- und Kartoffelzulage zu geben, falls die Verhandlungen mit der Industrie auf eine solche hinausläufen. Die Hilfsangestellten lehnten jedoch diesen Vorschlag ab, mit den Angestellten der Industrie auf eine Stufe gestellt zu werden, und verlangten für sich eine besondere Regelung. Darauf wurde im weiteren Verlauf der Verhandlungen von Seiten des Magistrats-Vereins vorgeschlagen, den Hilfsangestellten folgende Teuerungszulage zu gewähren:

50 Prozent des derzeitigen Gehalts an Verheiratete, 40 Prozent des derzeitigen Gehalts an Ledige, außerdem wurde den weiblichen Hilfsangestellten eine Gehaltsaufbesserung von 25 Mark pro Monat angeboten.

Die Hilfsangestellten lehnten diesen Vorschlag in der Verhandlung zunächst ab. Nach Schluß der Sitzung kamen sie doch bei nochmaliger Überlegung zu der Auffassung, daß dieses Angebot akzeptabel sei und teilten dem Magistrat mit, daß der Angestellten-Ausschuss bereit sei, das vom Magistrat gemachte Angebot anzunehmen, „unter der Voraussetzung, daß der Magistrat die schiedliche Zulage gebe, alle eventuell bis zum 1. April 1920 weiter in Frage kommenden Zulagen (staatliche, kommunale und industrielle) zu gewähren“.

Diese geforderte Zusage glaubte der Magistrat nicht geben zu können. Ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses billigte den Angestellten in Industrie und Handel weitere Zulagen zu, die in einem Nachtrag zum Tarif festgelegt wurden. Die Magistratsangestellten verlangten darauf vom Magistrat, innerhalb 5 Tagen die Auszahlung von 20 Mark pro Kopf und Monat zu bewilligen, andernfalls der Schlichtungsausschuss angerufen werden würde. Der Magistrat lehnte auch das Ersuchen ab und stellte den Angestellten anheim, den Schlichtungsausschuss anzurufen.

Der Spruch des Schlichtungsausschusses lautet auf Gewährung der beantragten Zulage. Der Magistrat will sich für den Monat März dem Spruch unterwerfen, hält die Forderung auf Nachzahlung für Januar und Februar unbillig, weil in diesen Monaten sich die Hilfsangestellten des Magistrats „infolge der ihnen im Januar gewährten Teuerungszulage von 40 und 50 Prozent bei weitem besser gestanden haben als die Angestellten in der Industrie“.

Der Magistrat erklärt weiter, daß es sich seiner Kenntnis entziehe, warum die Hilfsangestellten in den Streik getreten seien. Sie hätten von ihrer Ablicht keinerlei Mitteilung gemacht, ihn vielmehr vor die vollzogene Tatsache gestellt.

Offenlich gelingt es, den Streik halbwegs durch Verhandlungen zu beenden. Man wird anerkennen müssen, daß die Gehalte der Hilfsangestellten durchaus nicht mehr im Einklang stehen mit den wahnsinnigen Preisen der Lebensmittel. Ein Grund, Forderungen zu stellen und für ihre Durchführung zu sorgen, ist schon gegeben, wenn er sich auch „der Kenntnis des Magistrats entzieht“.

Die Amerikahilfe für Schulkinder.

Die Speisung der unterernährten Schulkinder aus den von der Gesellschaft der Freunde (Quäker) aus Amerika gelieferten Lebensmitteln hat am 3. Mai begonnen. In der „Magdeburgerischen Zeitung“ finden wir hierzu diese Bemerkungen:

„Es sind zunächst sämtliche Schulen der Altstadt, und zwar sowohl höhere als auch Bürger- und Volksschulen, beliefert worden. Nach Auslage ärztlicher Autoritäten zeigen sich gerade auch bei einzelnen Schülern höherer Anstalten die Folgen der jahrelangen Unterernährung in erschreckendem Maße. Die Speisen selbst bieten zum Teil für die meisten Kinder lang entbehrte Genüsse. So gab es am ersten Tage Schokoladensuppe mit Zwiebäcken, die aus feinstem amerikanischen Weizenmehl hergestellt waren, am zweiten Tage Milchreis mit frischen, weißen Weibchen. War prächtig schmeckte das alles; es leuchteten die Augen der Kinder, und schnell waren die an sich reichlichen Portionen aufgegessen. Daß nicht täglich solche Speisen, sondern an einigen Tagen auch derbere Kost, Bohnen oder Erbsen, gegeben wird, ist dem kindlichen Körper gewiß nur zuträglich. Natürlich sollen die gereichten Rationen keinen Ersatz für eine Mahlzeit, sondern nur eine Zugabe zur täglichen Nahrung bilden. Die Eltern der betreffenden Kinder werden deshalb gebeten, darauf zu achten, daß die Bedachter sowohl ihr Frühstück verzehren als auch an der häuslichen Mittagmahlzeit teilnehmen.“

Wir bestreiten keineswegs, daß Schüler sowohl der höheren Behranstalten als auch der Volks- und Bürgerschulen an Unterernährung leiden. Auch höhere Schulen werden von Kindern besucht, die zu Hause das bitterste Elend zu tragen haben. Aber trotzdem will es uns seltsam erscheinen, daß die ärztlichen Autoritäten gerade bei Schülern höherer Lehranstalten Unterernährung in erschreckendem Maße feststellen haben. Haben die Ärzte ihr geneigtes Interesse auch den Volksschülern zugewendet? In den Arbeiterbieren sieht man jetzt Kinder spielen, die man nicht einmal ärztlich zu untersuchen braucht, um die entsetzlichen Wirkungen der Hungerjahre zu erkennen.

Die Mahnung, darauf zu achten, daß die Kinder nun auch ihr Frühstück essen, wirkt für diese kleinen Hungerleider beinahe komisch. Sie essen schon das Frühstück, auch wenn es nebenbei noch eine amerikanische Mahlzeit gibt, die Hauptsache ist, daß sie immer Frühstück von der Mutter haben können. Über das Frühstück muß leider häufig ausfallen.

Bender

Abgeordneter der Nationalversammlung spricht am

Dienstag den 11. Mai, abends 7 Uhr,

Wilhelmspark

über die bevorstehende Reichstagswahl.

Gegen Wucher, Schieber und Schleichhandel.

Das Bundespolizeiamt mit beim Staatskommissar für Volksernährung hat an die Justizbehörden und an alle Polizei- und Verwaltungseinheiten, die sich mit diesen Dingen zu befassen haben, einen Aufruf gerichtet, der etwa lautet:

„Es steht außer Zweifel, daß für längere Zeiten mit einer bedeutenden Warenknappheit nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt gerechnet werden muß. Diese Warenknappheit wird Preisbildung und Warenverteilung für die nächsten Jahre in höchst ungünstiger Weise beeinflussen. Es ist eine betrübende Tatsache, daß die bisherigen Erfolge der Wucherbekämpfung unverbältnismäßig geringe sind und daß nach vierjährigem Kampfe die Schieber zahlreicher und offener ihr Wesen treiben als je zuvor.“

Hierzu ist zu bemerken: 1. Gesetz hat es bisher an der Einheiligkeit des Vorgehens im Reich. In dieser — organisatorischen — Hinsicht sind bereits wichtige Veränderungen im Gange oder wenigstens in Vorbereitung. 2. Gesetz hat es ferner an einem zweckmäßigen taktischen Vorgehen. Hunderte von Kammerern und kleinen Schiebern zusammen sind aber nicht so schädlich wie ein einziger großer Schieber, der Waren wagganweise beschleibt, sich um Millionen bereichert und die Gemeinwirtschaft entsprechend schädigt. Freilich ist dieser Schieber nicht so einfach zu fassen. Somit ist das Hauptaugenmerk nicht so sehr auf den Verbrauch und das letzte Glied der Handelskette zu richten, sondern auf die Verteilungswege, über welche die Schieber ihre Ware laufen lassen (Eisenbahn, Automobilstraßen, Wasserwege), und die Orte, in denen die großen Schieber zu verkehren pflegen (große Hotels, Schlemmerlokale, Kaffeehäuser, 2. und 1. Wagenklasse der D-Züge, Schlafwagen usw.). Vollzugsbeamte, die auf diesem Boden nicht die erforderliche Sicherheit besitzen, bedürfen gründlicher Ausbildung. 3. Gesetz hat es ferner an einer zweckmäßigen Ausfüllung der weitesten Bevölkerungsschichten. Der Kampf gegen den Schieber hat mit Parteipolitik nichts zu tun. Es handelt sich um die Wiederherstellung eines regelmäßigen Handels und die Befreiung eines unserer wichtigsten Erwerbszweige von den ihm anhaftenden Schäden, letzten Endes um die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Daseins überhaupt. Das gegenseitige Verständnis und Einverständnis von Stadt und Land muß hinsichtlich der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse geweckt und geschützt werden. 4. Wird als Ziel der Bekämpfung die Vernichtung des Schiebertums betrachtet und werden weiter auch Erfolge in dieser Hinsicht bekannt, so werden sich die mit der Wucherbekämpfung befaßten Behörden bald die Zustimmung und Mitarbeit aller Bevölkerungskreise erwerben, während heute den Behörden seitens der Allgemeinheit die einseitige Verfolgung des Schleichverforgers vorgeworfen wird.

Schließlich muß in weitesten Kreisen bekannt und in der Öffentlichkeit immer wieder und wieder betont werden, daß beschlagene Waren der ordentlichen Wirtschaft wieder zugeführt werden: Dauernde Veröffentlichungen in dieser Hinsicht werden einer Unzahl von Verdächtigungen und Mißverständnissen die Spitze ab.“

Die Wählerlisten liegen aus. Der Magistrat veröffentlicht im Interzitat der heutigen Nummer eine Bekanntmachung über die Auslegung der Wählerlisten, die von jedem Wahlberechtigten beachtet werden muß.

Die „Säuberung“ der Reichswehr. Die Reichswehr wird verringert und dabei „gesäubert“. Man entläßt dabei nicht etwa Offiziere, die in den Kampftagen bewiesen ihre Sehnacht nach dem alten Preussentum gezeigt haben, man läßt auch nicht die Truppenteile auf, die sich als republikanisch unzuverlässig oder als treue und erwiesene Gefolgshafte der reaktionären Offiziere erwiesen haben, sondern macht es genau umgekehrt. Das 1. Bataillon vom Schützenregiment 101 zum Beispiel hat sich in den kritischen Tagen sofort für die Republik und ihre Regierung erklärt. Es wird aufgelöst. Vom Regiment Nr. 7 befehdtete nur die 1. Kompanie diese vorbestehende, republikanische Bestimmung. Sie wird aus dem Regiment herausgegriffen und aufgelöst, die übrigen Teile des Regiments bleiben bestehen. Hat der Reichswehrminister auch die geringste Ahnung, wie man im Lande die Reichswehr „reformiert“ und „demokratisiert“?

Sozialdemokratischer Verein. Für Magdeburg hat am Freitag den 7. Mai abends 7 Uhr eine Mitgliederversammlung in der Aula der alten Viktorialschule, Bismarckstraße 1. — Im Bezirk Neue Neustadt findet am Montag den 10. Mai abends 7 1/2 Uhr eine Wahlhelfer-Versammlung in Hochbaums „Wintergarten“, Friedrichsplatz, statt.

Bezirk Nord. Wegen Erkrankung des Genossen Klee seit Genosse Wilhelm Schulz die auf besuchte Versammlung. Das Ableben des Genossen Schumann wird in der üblichen Weise geehrt. Genosse Holz gibt den Jahres- und den Kassenericht. Die Stabilität des Bezirkes hat sich erhalten und zählt der Bezirk 808 männliche und 365 weibliche Mitglieder. Zum Bezirksleiter wird Genosse Klee und zum Stellvertreter Genosse W. Schulz gewählt. Die Kassenerichtliche bleiben in den Händen des Genossen Holz. Zum engsten Vorstand wird Genosse Wittmann als Vorsitzender, Genosse Kuzewan als zweiter Vorsitzender und A. Winger als Kassierer in Voranschlag gebracht. In die Preiskommission soll Genosse Klose, in den Ausschuss Genosse Schulz und als Revisor Genosse Fink in Voranschlag gebracht werden. Der Punkt Reichstagswahl ist eine lebhaft Debattiert. Daran beteiligten sich die Genossen Meindl, Gaudin, Schröder, Schulz, Metzkling, Fabian, Traump u. a. Genossin Müller fordert die Frauen auf, sich recht regen an den Wahlarbeiten zu beteiligen. Gegen die Wahlensicherung der Lazarettassen wird Protest eingelegt und der Vorstand erwacht, alle Schritte zu unternehmen, um diesen Wählern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Zum Punkt Verschiedenes kommen die jetzt wieder von der Jugend inszenierten Straßenzüge zur Sprache. Es werden die Elternbeiträge aufgeführt, in ihren Sitzungen Stellung zu diesem Antrag zu nehmen, damit dieser von der Schulleitung unterjast wird. Die Versammlung legt Protest ein gegen die Verbauung des Domes. In andern Städten werden große Summen verausgabt, um viele Bankrottidentitäten dem Auge sichtbar zu machen und hier soll unter Magdeburger Wählerzeichen dem Auge entzogen werden. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden aufgefordert, den Neubau jetzt noch zu verhindern und das der Hauptpost gegenüberliegende Lazarett als Reichsbankgebäude auszubauen. Genossin Müller gibt noch bekannt, daß in der Zeit vom 9. bis 10. Mai eine Frauenwoche veranstaltet wird und in dieser Zeit öffentliche Frauenversammlungen veranstaltet werden. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Holz Frauenklub. Mit dem Wunsch, daß sich alle Genossen und Genossinnen zur Wahlarbeit in den Dienst unserer Sache stellen, schließt Genosse Schulz die Versammlung.

Der Blauenhiffenstreik geht weiter. Der Arbeiter ruft vollständig. Verhandlungen sind noch nicht im Gange. Es ist daher kaum zu erwarten, daß der Streik in den nächsten Tagen abgebrochen wird.

Im Streik der Brauerarbeiter! Der Streik der Brauerarbeiter Magdeburgs ist heute beendet.

Öffentliche Jugendversammlung in Cracau. Am Freitag abend 8 Uhr findet im Lokal von Eisfeld in Cracau, Simonstraße, eine öffentliche Jugend- und Elternversammlung statt, in der Genosse Ollenhauer über die Bedeutung der Organisierung der arbeitenden Jugend sprechen wird. Die schulentlassenen Arbeiterjugend und die Arbeiterkinder müssen an dieser Versammlung teilnehmen.

Die diesjährige Hauptversammlung des Ortsausschusses für Jugendpflege findet am Mittwoch den 19. Mai, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des altstädtischen Rathauses statt; u. a. wird auch ein Vortrag über das Thema „Die deutsche Jugend im Friedensvertrag von Versailles“ gehalten.

Ueber den Einbruch im Warenhaus Eiblin berichtet die Polizei: In der Nacht zum 5. d. M. wurde in einem Warenhaus in der Kaiserstraße ein schwerer Diebstahl verübt und für mehrere hunderttausend Mark Seidenstoffe, Damenkrämpfe, leberne Coupletter, Glace- und seidene Handschuhe, und Blusenkragen gestohlen. Nach den hinterlassenen Fußspuren sind die Täter über die benachbarten Dächer gegangen und durch Aufbrechen einer Tür in das Innere des Geschäftshauses gelangt. Hier haben sie das im Erdgeschoß belegene Seidenlager, bestehend in einfarbigen, karierten und gestreiften Seidenstoffen, völlig ausgeraubt. Die Diebe haben dann auf demselben Wege über die Dächer hinweg den Tatort verlassen. Am 5. d. M. morgens gegen 7 Uhr wurde vor dem Grundstück Kaiserstraße 86 ein Fuhrwerk gesehen, auf dem sich eine Person in selbstgrauer Uniform befand. Eine andre männliche und eine weibliche Person brachten aus diesem Hause Kartons und Pakete, die auf das Fuhrwerk geladen und weggeführt wurden; zweifellos war dieses die wertvolle Diebsbeute. Personen, die hierüber noch nähere Mitteilungen machen können, wollen sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 61, melden. Hohe Belohnung für die Wiederherbeischaffung der Sachen und Ergreifung der Täter ist zugesichert.

Einbruchdiebstahl und Hehlerei. Der polnische Arbeiter Stanislaus Switalski, hier, brach in der Nacht zum 23. Oktober v. J. zusammen mit zwei andern Komplizen in das Handschuhgeschäft von Glück ein und entwendeten mehrere Hundert Paar Handschuhe, Selbstbinder, Hosensträger usw. Die Handshuhe brachte Switalski zu der Altwarenhandlerin Berta Wriske, hier, die mit dem Kaufmann Erich Lewin wegen des Verkaufes des Diebesgutes Verhandlungen anknüpfte. Lewin kaufte zunächst die Handshuhe, brachte sie aber wieder zurück, da der Weiterverkauf Schwierigkeiten bereite infolge der Stempelung in den Handshuchen. Switalski verkaufte sie dann später an unbekanntem Hehler. Die Strafammer des Landgerichts verurteilte wegen des Diebstahls Switalski zu 9 Monaten, wegen Hehlerei die Wriske zu 4 Monaten und Lewin zu 9 Monaten Gefängnis. Der mitangeklagte Kaufmann Adolf Lewin wurde freigesprochen.

Befragungen.

Städtisches Orchester. Am Anfang des Programms vom gestrigen...

Mitteilungen der Direktoren.

Städtisches Theater. Stadttheater. Heute Freitag: Cavalleria...

Provinz und Umgegend.

Lohnbewegung der Gemeindefürsorge.

Als wird geschrieben: Verhandlungsbefragungen zwischen der Arbeiterschaft der...

Die Verhandlungen gestalteten sich des öftern äußerst schwierig...

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

In der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in Merseburg...

Gerade auf diesem Gebiet aber müssen Leute tätig sein, die ein...

Selbst die amtlichen Kreisfürsorgestellen, insbesondere die...

diaten- und Hinterbliebenen-Fürsorge vom 8. Februar 1919 ist...

Wie rüchändig und dringend Verbesserungsbedürftig die...

Die Versammlung stellt mit Bedauern fest, daß seitens der...

Dem Weirat der Hauptfürsorgestelle ist ein größeres...

Aus dieser Resolution geht klar hervor, daß die Leiter der...

Politische Bildungstunde.

Die vom Bezirks-Bildungsausschuß für die einzelnen...

Parteinachrichten.

(Reisenpreis 30 Pfennig, Beitrag vorher einleunden.)

Oberebene. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntagabend...

Wangleben. Egers, 6. Mai. (Die Wählerlisten zur Reichstagswahl...

Wangleben. Weendorf, 6. Mai. (Eine Ackerverpachtung) findet...

Wangleben. Wülfringen, 6. Mai. (Eine Versammlung) fand am...

Wangleben. Guttenberg, 6. Mai. (Die Maifeier) nahm bei schönem...

Wangleben. Chriesleben, 6. Mai. (Ereues Zusammenhalten) der...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Wangleben. Burg, 6. Mai. (Die Demokraten) hielten am Montag...

Finanznot anderer Städte. Die Leipziger städtischen...

Einem Lehrgang für Feldgemüsebau veranstaltet der...

Ein „Walter“. Vor der hiesigen Strafkammer stand der...

Gehtohlen wurden Fahrräder „Allright“ Nr. 228450 mit...

Feuer bezahlte Gefälligkeiten. Der wohnungslose und...

Strafrechtsfall. Beim Beiragen der Straßenbahn in der...

Eine Lebensmüde. Am Dienstag wurde die Verkäuferin...

Bodenkammerbrand. Heute vormittag 10 Uhr wurde die...

Magdeburger Partei-Nachrichten. Sozialdemokratischer Verein.

